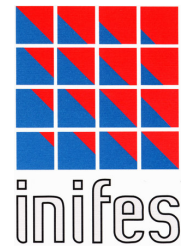


Prof. Dr. Ernst Kistler
Paula Heinecker, M.A.
INIFES, Internationales Institut
für Empirische Sozialökonomie, gGmbH



Wie hat sich die Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung in den letzten Jahren entwickelt?

**Analyse neuester Umfrage-Ergebnisse zu Akzeptanz von
und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung**

BERICHT

**an die
Deutsche Rentenversicherung Bund
Forschungsnetzwerk Alterssicherung**

Stadtbergen, Januar 2007

1. Einleitung

Die Deutsche Rentenversicherung Bund (Forschungsnetzwerk Alterssicherung) hat INIFES mit der Erstellung einer Expertise zum Thema

„Wie hat sich die Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung in den letzten Jahren entwickelt? – Analyse neuester Umfrageergebnisse zu Akzeptanz von und Wissen über die gesetzliche Rentenversicherung“

beauftragt. Der vorliegende Bericht hierzu setzt auf einer bereits 2003 vorgelegten Kleinstudie zum gleichen Thema auf (vgl. Kistler, Widmann 2003).

In der damaligen Studie wurden Ergebnisse aus einer großen Zahl von Meinungsumfragen zusammengetragen und einer überblickartigen methodischen und inhaltlichen Sichtung unterzogen. Wichtig waren u. a. folgende Befunde (auf der Basis der bis 2003 vorliegenden Erhebungen):

- Trotz einer bereits damals gestiegenen Zahl an Umfragen zum Thema bestanden erhebliche Lücken in Detailaspekten/Tiefgang der Behandlung des komplexen Gegenstands.
- Die methodische Qualität und die Sauberkeit der Dokumentation der Anlage der Befragungen differierten stark.
- Die Bildung von Zeitreihen war nur begrenzt möglich.
- Recht einhellig wiesen die Umfragen erhebliche Informationsdefizite über die Alterssicherung bei den Befragten nach.
- Die große Mehrheit der Befragten wies die Aufgabe der Alterssicherung primär dem Staat/der gesetzlichen Rentenversicherung zu. Private Vorsorgeformen fanden lediglich in Form einer Ergänzung größere Akzeptanz – nicht zuletzt verstärkt durch eine massive öffentliche „Reformdebatte“ und die gezielten, auch durch bestimmte Umfragen unterfütterten, Kampagnen interessierter Kreise aus der privaten Versicherungs- und Finanzwirtschaft.
- Im Hinblick auf diskutierte Maßnahmen stach insbesondere die große Mehrheit hervor, mit der eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters von den Befragten abgelehnt wurde.
- Allerdings hatten die Zweifel an der Sicherheit der Renten doch erheblich zugenommen. Vor allem, aber über die verschiedenen Studien hinweg nicht einheitlich, lag dies an einer Verschiebung im Meinungsklima bei den jüngeren Befragtengruppen.

Eine „Akzeptanzkrise“ der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde für die Zukunft für möglich gehalten: „Werden diese Debatten sehr intensiv geführt und überwiegend von der Thematisierung von Finanzierungsproblemen und sozialpolitischen Fehlentwicklungen dominiert, so kann sich dies im Lauf der Zeit durchaus in Richtung einer steigenden Akzeptanz von Leistungskürzungen entwickeln – oder sich unter Umständen sogar in einer sinkenden Akzeptanz der sozialstaatlichen Institution Gesetzliche Rentenversicherung niederschlagen“ (ebenda, S. 40).

Wie hat sich das Meinungsklima in diesem Feld seit 2003 entwickelt?

„Eine der Grundlagen der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland ist der Sozialstaat“ (Fuchs, Roller 2006, S. 644). Angesichts dieser Feststellung aus dem Datenreport 2006 des Statistischen Bundesamtes gewinnt die Frage nach der Akzeptanz von Rentenversicherung und Rentenreformen an besonderer Bedeutung.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse der neuesten Umfragen zum Thema im Wesentlichen geordnet nach den Aspekten:

- Informationsstand/-bedarf (Kap. 2)
- Zuständigkeit für die Alterssicherung/Rolle des Sozialstaates (Kap. 3)
- Sicherheit der Renten/Zufriedenheit mit der gesetzlichen Rentenversicherung (Kap. 4)
- Präferierte Maßnahmen/Rentenreformen (Kap. 5)
- Einstellung zum länger Arbeiten (Kap. 6)

dargestellt und diskutiert werden. In einem abschließenden Kapitel 7 werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst und einige Überlegungen zu einer eigenen Akzeptanzforschung der GRV angestellt.

2. Informationsstand/-bedarf

„Akzeptanz bedeutet die willentliche und bewusste Zustimmung zu einem Vorhaben oder einer Entscheidung“
(Wiedemann, P. M. (1993): Akzeptanz, in: Schütz, H.; Wiedemann, P. M. (Hrsg.): Technikkontrovers, Frankfurt am Main, S. 16)

Auch wenn in der Empirischen Sozialforschung noch relativ ungeklärt ist, was bei Umfragen nun Meinungen und was genau Einstellungen sind, was beide unterscheidet und auch meist offen bleibt, auf welchem Wissensstand Befragte wirklich die eine oder andere Frage beantworten, so ist wohl unbestritten, dass ein möglichst guter Informationsstand der Interviewten wünschenswert wäre. Akzeptanz auf Basis fehlender Information ist immer problematisch.

Beim Gegenstand Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung kommt hinzu, dass die allseits geforderte Eigenverantwortlichkeit der Bürger für ihre Alterssicherung nur vorstellbar ist, wenn auch ein hoher Informations- und Wissensstand in der Bevölkerung besteht.

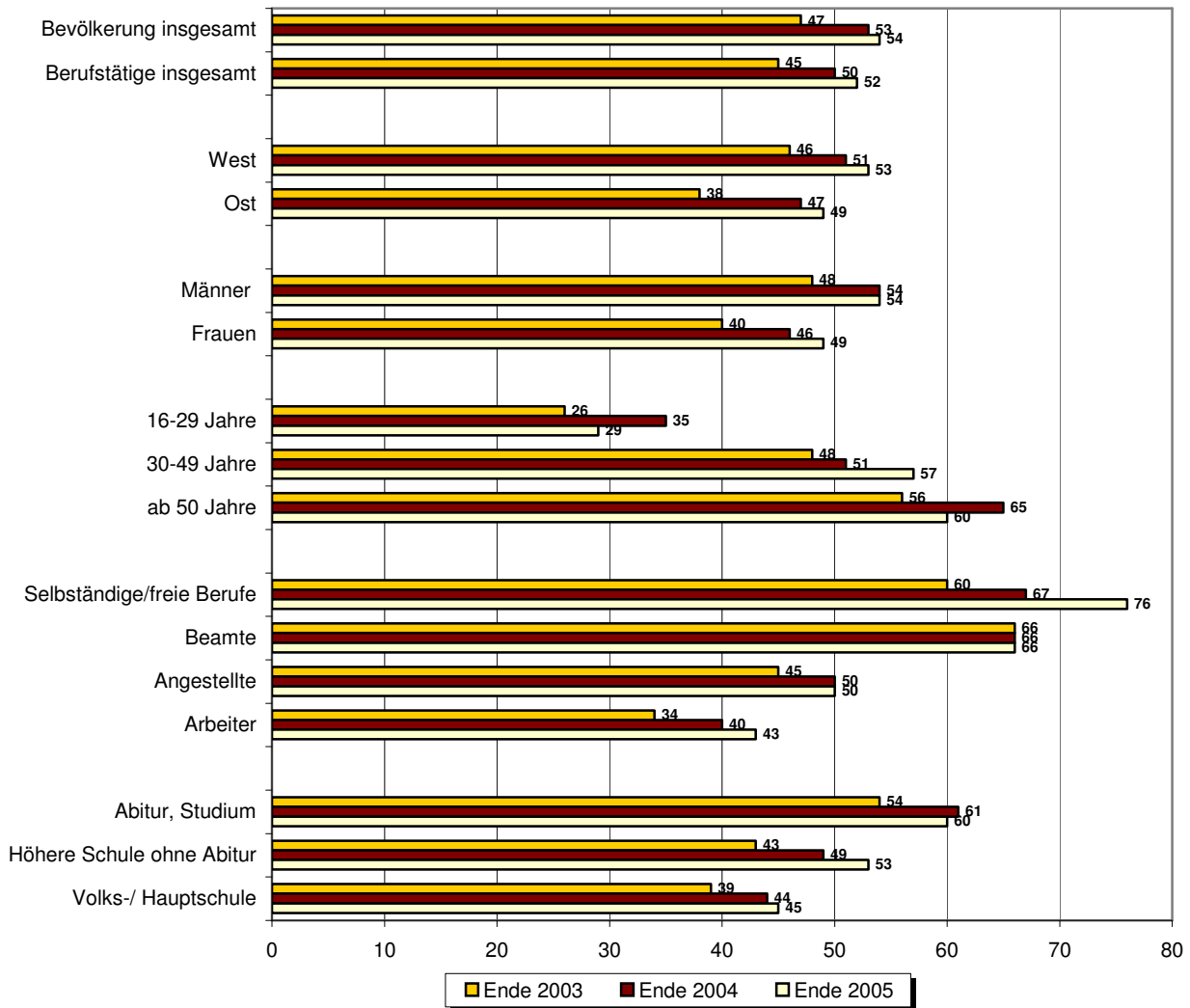
In unserer früheren Expertise haben wir auf der Basis einer breiten Sichtung von Umfragen bis Mitte des Jahres 2003 hierzu festgestellt: „Die Ergebnistrends vermitteln – auf Basis des zusammengetragenen empirischen Materials – in Bezug auf das Wissen über die Rentenversicherung allgemein bzw. die persönliche Rente speziell doch das Bild von erheblichen, in den letzten Jahren sogar noch leicht ansteigenden (subjektiv empfundenen) Informationsdefiziten“ (Kistler, Widmann 2003, S. 38).

Resümiert man die neuen, seither vorgelegten Umfragen, so kann diese Feststellung trotz partieller Fortschritte auch weiterhin als zutreffend bezeichnet werden.

Zwar verzeichnen z. B. die Studien des IfD-Allensbach für die Postbank einen Zuwachs im Anteil der Befragten, die sich ausreichend über das Thema Altersvorsorge informiert fühlen, zufrieden stellend ist das Niveau aber noch lange nicht, außerdem ist die Gruppenspezifität hoch (vgl. Abbildung 2.1). Nur 52 Prozent der Berufstätigen fühlten sich Ende 2005 ausreichend über das Thema Altersvorsorge informiert (Ende 2004: 50 %; 2003: 45 %); die Westdeutschen häufiger als die Ostdeutschen, Männer häufiger als Frauen, und die Älteren häufiger als die Jüngeren. Im Vergleich der letzten Jahre hat sich der subjektiv empfundene Informationsstand vor allem bei den

Freiberuflern bzw. Selbstständigen deutlich verbessert. Bei Arbeitern bzw. bei Personen mit niedrigem formalem Schulabschluss sind die Anteile bedenklich gering.

Abbildung 2.1: „Fühlen Sie sich über das Thema Altersvorsorge ausreichend informiert, oder hätten Sie gerne mehr Informationen zu diesem Thema?“ (Anteil der Antworten „ausreichend informiert“ in Prozent der Berufstätigen, außer erste Zeile)



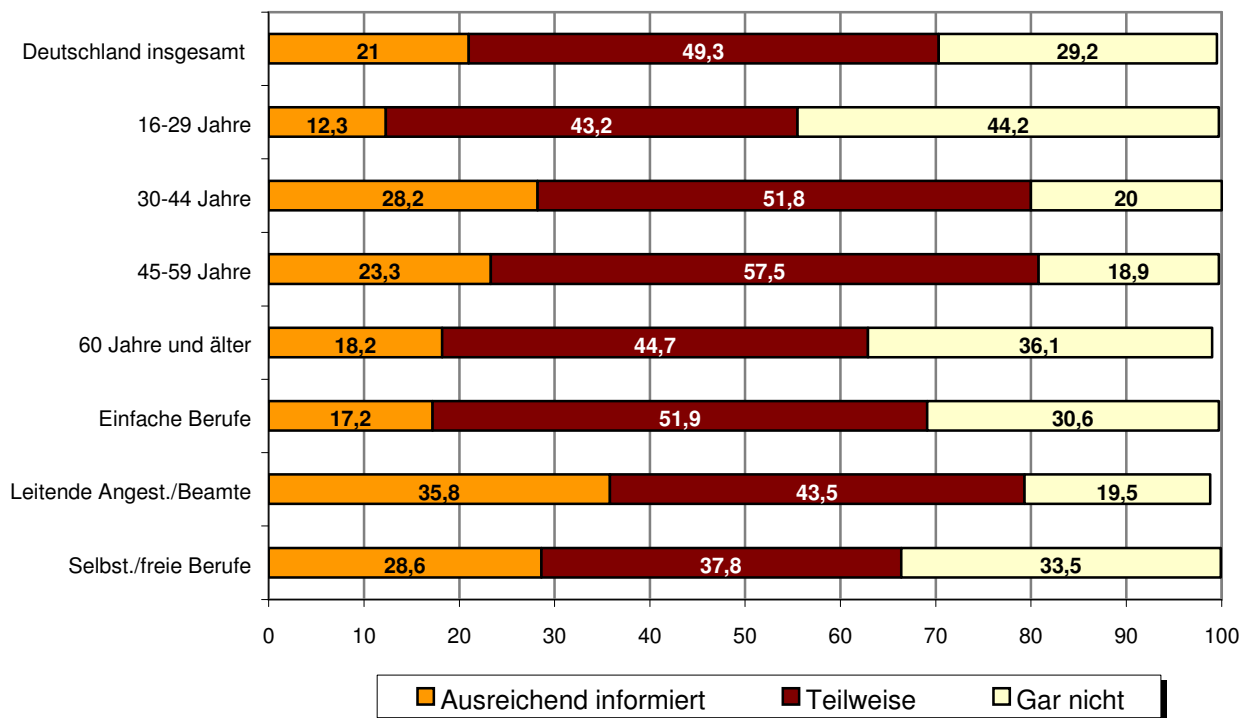
Quelle: Eigene Abbildung nach Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7064 und 7082, November/Dezember 2004 bzw. 2005; Studien im Auftrag der Postbank AG.

Insgesamt 38 Prozent der Berufstätigen wünschen sich Ende 2005 mehr Informationen zum Thema Altersvorsorge (Ende 2004: 35 %; 2003: 41 %), 10 Prozent sind unentschieden. Vor allem die jüngeren Berufstätigen zwischen 16 und 29 Jahren melden mit 60 % einen hohen Informationsbedarf (Ende 2004: 47 %; 2003: 54 %). Arbeiter äußerten 2005 besonders häufig, dass sie gerne mehr Informationen hätten. Auch Berufstätige, die ihre bisherige Altersvorsorge nicht für ausreichend halten,

wünschen sich mit 55 Prozent überdurchschnittlich häufig mehr Informationen zum Thema.

Ebenfalls vom IfD-Allensbach stammt der folgende Befund auf etwas spezifischerer Ebene (vgl. Abbildung 2.2). 49 Prozent der Bevölkerung fühlen sich „teilweise“, weitere 29 Prozent „gar nicht“ über die Fördermöglichkeiten der privaten Altersvorsorge informiert. Vor allem jüngere Befragte (16-29 Jahre) äußern, unzureichend informiert zu sein. Nur 12 Prozent der Jüngeren wählen die Antwortmöglichkeit „ausreichend“.

Abbildung 2.2: „Der Staat fördert verschiedene Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge, wie zum Beispiel die Riester- und Basisrente oder auch Formen der betrieblichen Altersversorgung, wie zum Beispiel Direktversicherungen und Pensionskassen. Fühlen Sie sich ausreichend darüber informiert, wie diese Vorsorgeformen vom Staat finanziell gefördert werden?“ (Angaben in Prozent)



*Von 100 fehlende Prozentanteile haben keine Angaben gemacht.

Quelle: Eigene Darstellung nach MLP/Allensbach 12/2005.

Zweifelloos ist ein geäußerter subjektiv empfundener Informationsstand zumindest ein Ansatzpunkt für – offensichtlich dringend notwendige – weitere Informationskampagnen. Insofern ist es auch erfreulich (da keineswegs zwingend so), dass gerade Jüngere, aber auch geringer Qualifizierte, überdurchschnittlich häufig einen Informationsbedarf artikulieren. Gleichzeitig ist mit diesen Ergebnissen aber noch nicht gesichert, dass diejenigen, die sich als ausreichend informiert ansehen, dies auch wirk-

lich sind. Dass dem eventuell nicht so ist, darauf deuten einige andere Befragungsergebnisse zu diesem Themenkomplex hin. So etwa eine Frage aus dem DIA-Rentenbarometer von 2001. Gefragt wurde nach den Kenntnissen über die damals geplanten Änderungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Bei einer offenen Frage nach konkreten solchen Änderungen konnten 62 Prozent der Befragten keine nennen. Am häufigsten (23 %) war die Notwendigkeit einer zusätzlichen privaten Vorsorge bekannt, gefolgt von der Senkung des Rentenniveaus (17 %). Andere Änderungen waren mehr oder weniger unbekannt. Darüber hinaus wünschten sich 67 Prozent der Befragten allgemein mehr Informationen zur gesetzlichen Rentenversicherung, vor allem im Osten (73 %; West: 66 %) sowie wiederum in den jüngeren Altersgruppen.

Ansonsten sind hinsichtlich der Messung des Informations-/Wissensstandes über die Alterssicherung, trotz einiger durchaus kreativer Versuche seitens der Umfrageinstitute, noch erhebliche Forschungsanstrengungen zu leisten. Es sind Zweifel angebracht, ob mit den nachfolgend reportierten Beispielen von Fragen wirklich der Kern des „notwendigen“ Wissens zum Thema in der Bevölkerung getroffen wird.

So etwa, wenn in den Befragungen des DIA die Kenntnis über die exakte Höhe des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung als Indikator für „Wissen“ dient.¹ Die Ergebnisse (vgl. Abbildung 2.3) sind zugegebenermaßen ernüchternd: Insgesamt konnten im Jahr 2003 nur 31 Prozent der Befragten einen konkreten Prozentsatz des Bruttolohns nennen – allerdings etwa die Hälfte von ihnen falsch (oberer Tabellenteil). Von den fast 69 Prozent der Befragten, die keine direkte numerische Antwort geben konnten, wussten 22 Prozent den korrekten Bereich, weitere 47

¹ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das IfD-Allensbach: Laut der Postbank-Studie 2004 konnten (Ende 2003) 86 Prozent der Deutschen den damals aktuellen Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht oder benannten ihn falsch. 51 Prozent der Bevölkerung insgesamt und 45 Prozent der Berufstätigen konnten die Höhe des Beitrags gar nicht nennen, die andere Hälfte nannte zwar einen konkreten Beitragssatz, aber in der richtigen Höhe nur 14 Prozent aller Befragten bzw. nur 17 Prozent der Berufstätigen. Annähernd richtig (zwischen 19,0 und 19,9 %), haben 29 Prozent aller Befragten und 34 Prozent aller Berufstätigen geantwortet. Ansonsten wurde der Rentenversicherungsbeitrag eher über- als unterschätzt. Unter den Berufstätigen ist diese Unkenntnis eher bei Frauen und den Jüngeren verbreitet: 52 Prozent der Frauen bzw. 66 Prozent der unter 30-jährigen Berufstätigen haben keine Vorstellung vom Beitragssatz gehabt. Schon relevanter erscheint uns aber die Tatsache, dass wichtige Fachausdrücke der Alterssicherung in der Bevölkerung recht unbekannt zu sein scheinen: Laut der Postbank-Studie 2004 waren die Begriffe „Versorgungslücke“ und „Riester-Rente“ noch Ende 2003 für die Hälfte der Bevölkerung unbekannt: 48 Prozent bzw. 46 Prozent der Befragten gaben an, darüber „ziemlich genau“ Bescheid zu wissen. Lediglich die Begriffe „Vorruhestand“ und „Altersteilzeit“ waren vertrauter (79 % bzw. 60 %). Auch hier waren – nach eigener Einschätzung – junge Berufstätige und Frauen am schlechtesten informiert.

Prozent lagen auch hier daneben und fast ein Drittel konnte weiterhin überhaupt keine Antwort auf die Frage nach dem Beitragssatz geben (mittlerer Tabellenteil). Rechnet man die richtigen Antworten aus dem oberen und dem mittleren Tabellenteil zusammen, haben nur die genannten 31 Prozent der Befragten ungefähr richtig geantwortet (unterer Tabellenteil).

Abbildung 2.3: „Welchen Prozentsatz Ihres Bruttomonatslohns/-gehalts zahlen Sie und Ihr Arbeitgeber zusammen in die gesetzliche Rentenversicherung ein?“* (Angaben in Prozent der abhängig Beschäftigten):

Beitragssatz: offene Frage	2000	2001	2003
Korrekte Antwort (15-21 %)	19,9	14,3	15,9
Falsche Antwort	16,0	17,8	15,5
Weiß nicht/verweigert	64,1	67,9	68,6
Beitragssatz: Bereich			
Korrekte Antwort (15-21 %)	23,3	13,1	22,0
Falsche Antwort	44,2	49,3	47,3
Weiß nicht/verweigert	32,5	37,6	30,8
Beitragssatz: Kombination aus beiden Fragen*			
zwischen 15 % & 21 % (Welle 1: 16 % & 21 %)	34,8	23,2	30,9
Anderer Bereich	44,3	51,3	47,9
Weiß nicht/verweigert	20,9	25,5	21,1

Der untere Tabellenteil ergibt sich aus dem oberen und mittleren Tabellenteil. Der Prozentsatz der insgesamt richtigen Antworten im Jahr 2003 ist z.B. $39,9\% = 15,9\% + 68,6\% * 22,0\%$.

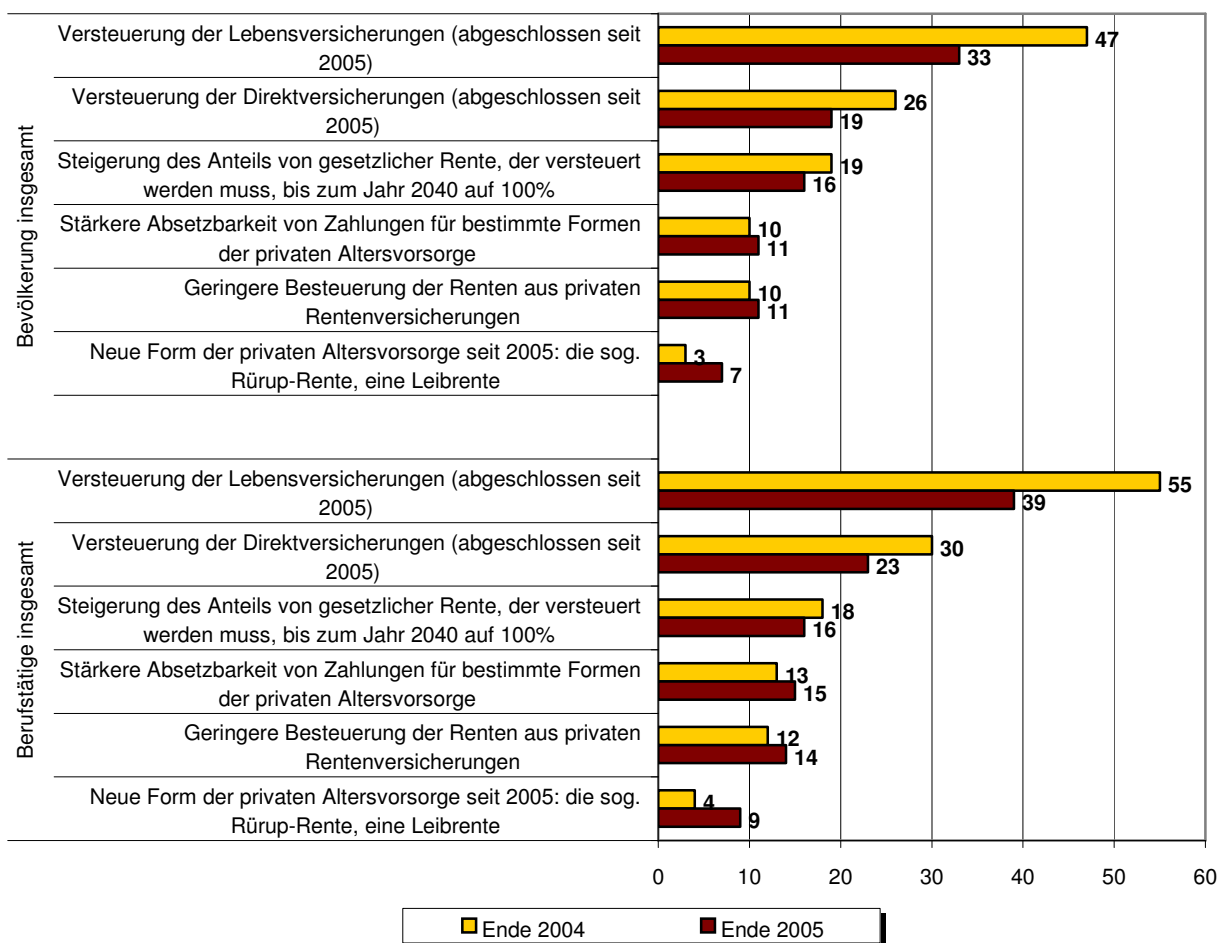
* Falls die Befragten keine Antwort wussten, konnten Sie bei der folgenden Frage „Können Sie mir den Prozentsatz ungefähr sagen?“ zwischen einer Reihe von Prozentbereichen auswählen.

Quelle: DIA/Börsch-Supan et al. 2004, S. 28 f.

Indikatorenqualität für das Wissen um die Alterssicherung hat schon eher die Frage nach der Bekanntheit spezifischer Regelungen bzw. Rechtsänderungen im Rentenbereich. Laut den Postbank-Studien 2005 und 2006 ist das Wissen zur Altersvorsorge in der Bevölkerung deutlich zurückgegangen (vgl. Abbildung 2.4): „Dass Auszahlungen aus neu abgeschlossenen Lebensversicherungen seit 2005 nicht mehr steuerfrei sind, weiß heute exakt nur noch ein Drittel der Bevölkerung. Bei der Befragung vor einem Jahr waren dies dagegen noch fast 50 Prozent. ... Deutlich abgenommen hat das Wissen um die seit 2005 komplett neu geltenden Steuergesetze rund um die Themen Direkt- und Rentenversicherungen sowie die Besteuerung der gesetzlichen Renten. 50 Prozent der Bevölkerung wissen heute „überhaupt nicht“, dass die gesetzliche Rente bereits jetzt steuerpflichtig ist und der Prozentsatz schrittweise bis zum Jahr 2040 auf 100 Prozent ansteigt“ (Pressebericht der Postbank AG

25.01.2006). Der Anteil derer, die dies „ziemlich genau“ wissen, ist von 19 Prozent Ende 2004 auf 16 Prozent Ende 2005 gesunken. Nur die so genannte Rürup-Rente hat laut diesen Studien an Bekanntheit gewonnen, allerdings wissen immer noch 62 Prozent der Deutschen darüber „überhaupt nichts“ (Ende 2004: 80 %).

Abbildung 2.4: „Hier auf den Karten ist einiges aufgeschrieben, was sich ab Anfang nächsten Jahres bei der gesetzlichen Rente und anderen Altersvorsorgemöglichkeiten ändert (geändert hat). Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie über die jeweiligen Regelungen ziemlich genau Bescheid wissen, oder so ungefähr, oder überhaupt nicht!“ (Anteil der Antworten „ziemlich genau“ in Prozent 2005/2006 jeweils für das Vorjahr)



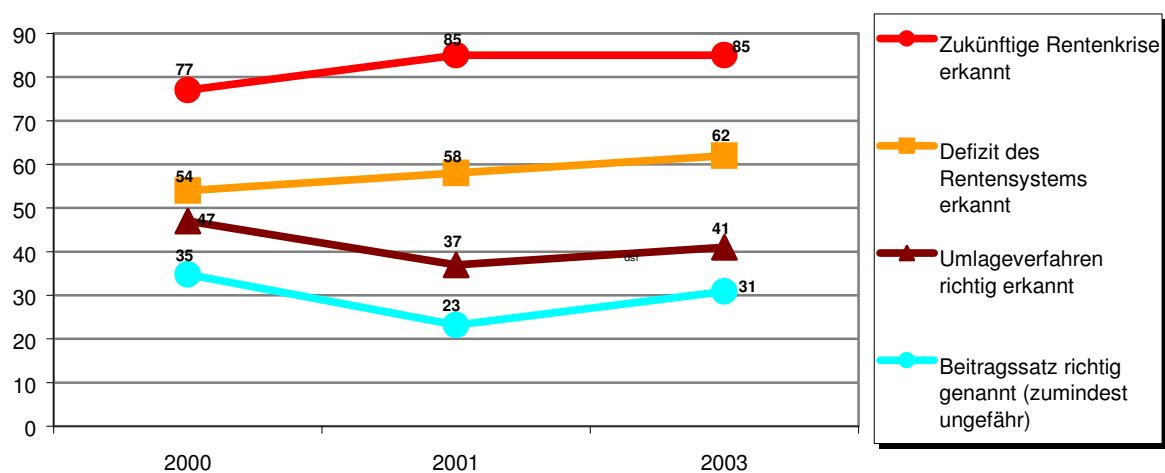
Quelle: Eigene Abbildung nach Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7064 und 7082, November/Dezember 2004 bzw. 2005; Studien im Auftrag der Postbank AG.

Die Aufmerksamkeit für derartige Maßnahmen ist in der Bevölkerung offenbar recht gering und die Halbwertszeit der Erinnerung sehr kurz. Dabei ist natürlich zu beachten, dass nicht alle Befragten auch objektiv von den einzelnen Maßnahmen betroffen sind oder betroffen sein werden. Dennoch ist z. B. der Befund überraschend, dass 31 Prozent der Berufstätigen in dieser Befragung angeben, dass sie glauben, künftig

nicht von der völligen Umstellung auf die nachgelagerte Rentenbesteuerung betroffen zu sein (weitere 10 %: Weiß nicht/Keine Angabe).

Einen anderen Weg zur Ermittlung des Informationsstandes wählen Börsch-Supan, Heiss und Winter (2004, S. 27 ff.), indem sie vier verschiedene Indikatoren verwenden, die aber keinesfalls alle als echte Indikatoren für das reine Wissen der Befragten über die Gesetzliche Rentenversicherung anzusehen sind (vgl. Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5: Informationen und Meinungen über die Rentenversicherung (Angaben in Prozent)



obere zwei Kurven: Abhängig Beschäftigte; untere zwei Kurven: Alle Befragten.

Quelle: Eigene Abbildung nach Börsch-Supan, Heiss, Winter 2004, S. 28 ff.

Zumindest die ersten beiden Items in Abbildung 2.5 sind weniger Indikatoren für Wissensstände als – zumindest in der Form, wie sie erfasst wurden – Meinungsfragen. Auch ist es bei der Frage zur Kenntnis der Tatsache, dass die Rentenversicherung Staatszuschüsse erhält, recht seltsam, nicht auf die Ausgleichsfunktion für versicherungsfremde Leistungen hinzuweisen. So wird diese Frage mitten im Fragebogen fast zur Meinungsmache gegenüber den Befragten.

Eine weitere durchaus aussagefähige und für den Gedanken einer nach Möglichkeit zusätzlichen Altersvorsorge wichtige Fragestellung betrifft die Einschätzung der Rentenhöhen. 2002 z.B. hatte Infratest Sozialforschung für die Bertelsmann-Stiftung ermittelt, dass die befragten 30- bis 50-Jährigen die Höhe der zu erwartenden Rente eines modellhaften Beitragszahlers (Durchschnittsverdienst, 30 Jahre Beitragszahlung) eher überschätzen (vgl. Leinert 2002, S. 17). 2004 kam das IfD-Allensbach für

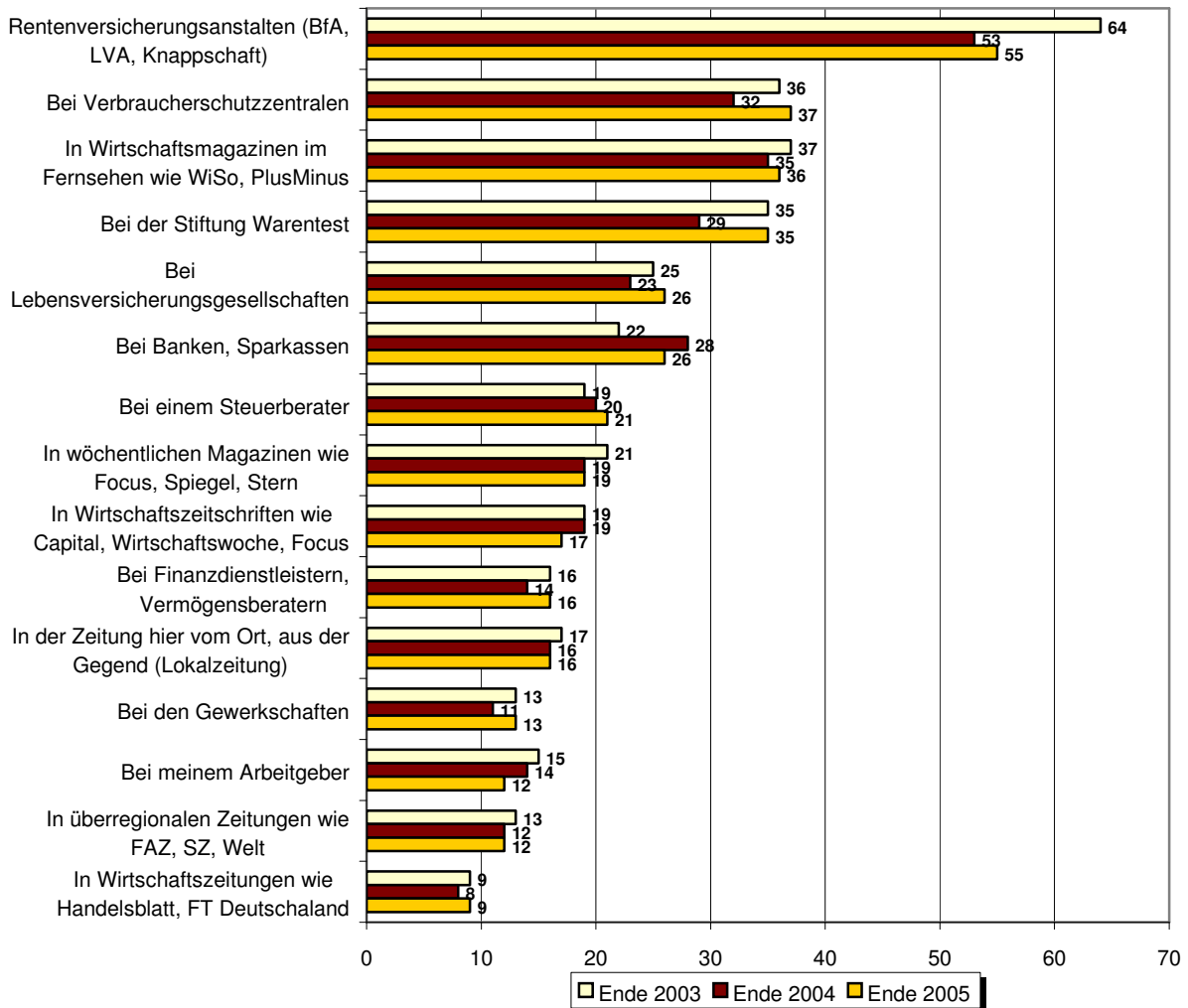
die Postbank zu einem ähnlichen Befund. Zu einer offenen Frage nach dem Rentenniveau konnten 36 Prozent der Befragten keine Antwort geben (erneut überdurchschnittlich häufig die berufstätigen Frauen sowie die jüngeren Berufstätigen). Lediglich 6 Prozent aller Befragten wussten, wie hoch die gesetzliche Rente in einem solchen Fall ausfällt. Von den 64 Prozent, die einen konkreten Anteil nannten, haben die meisten das Rentenniveau deutlich überschätzt (womöglich auch aufgrund von fehlenden Kenntnissen über den Unterschied zwischen Brutto- und Nettorentenniveau).

Die gezeigten Informationsdefizite bzw. subjektiv geäußerten Informationswünsche signalisieren Handlungsbedarf. Die Voraussetzungen sind dabei für die Gesetzliche Rentenversicherung nicht schlecht. Trotz eines gewissen Rückgangs zwischen 2003 und 2004 und erheblicher Akzeptanzprobleme der Rentenpolitik (vgl. unten) wird den Informationen der Rentenversicherungsträger von der Bevölkerung ein im Vergleich zu anderen Informationsquellen sehr hohes Vertrauen entgegengebracht (vgl. Abbildung 2.6).²

Hinsichtlich des Themas „Wissensstand“ ist von Bedeutung, inwieweit sich die Befragten schon – jenseits der von den Versicherern verteilten Informationen – selbst darum bemüht haben, für ihren individuellen Fall Informationen über ihre eigenen voraussichtlichen Alterseinkünfte zu beschaffen. Auch hierzu liefern die Umfragen Indizien: Laut einer Umfrage des IfD-Allensbach für den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft haben sich nur 36 Prozent der befragten 25- bis 60-Jährigen schon einmal ausgerechnet, wie viel Geld sie im Alter ungefähr zur Verfügung haben werden (vor allem Westdeutsche, Männer und Personen aus Haushalten mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen). Laut dieser Befragung waren es unter den 50- bis 60-Jährigen auch nur 57 Prozent.

² Auch in den Kundenbefragungen der BfA zeigt sich eine hohe Zufriedenheit der Interviewten mit der Zuverlässigkeit und Richtigkeit der Aussagen der Mitarbeiter (vgl. Reimann, Frommert 2006, S. 83).

Abbildung 2.6: „Wenn es um das Thema Altersvorsorge geht, gibt es ja ganz verschiedene Möglichkeiten, sich zu informieren. Wenn Sie sich über Altersvorsorge näher informieren wollen: Wo erwarten Sie, dass Sie gute, zuverlässige Informationen bekommen?“



Quelle: Eigene Abbildung nach Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7049, 7064 und 7082, Okt./Nov. 2003 bzw. Nov./Dez. 2004 und 2005; Studien im Auftrag der Postbank AG.

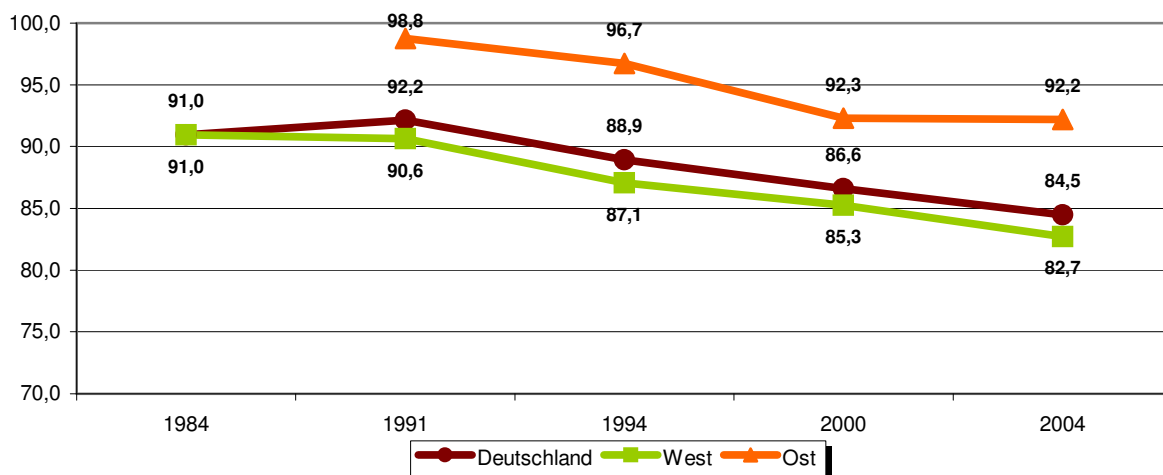
3. Zuständigkeit für die Alterssicherung/Rolle des Sozialstaats

„... verwenden Fachleute selten isolierte Prozentsätze von Antworten auf Einzelfragen, sondern konzentrieren die Aufmerksamkeit auf Muster, die in den Antworten deutlich werden, und auf Vergleiche – zwischen Teilgruppen, zwischen Zeitpunkten usw. – hinsichtlich von Fragen“

(Allerbeck, K. (1984): Systemverständnis und gesellschaftliche Leitbilder von Jugendlichen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1984) B50, S. 14 f.)

Fragen zur Aufgabenzuweisung an den Staat/Parafisci, die Tarifparteien, den „Dritten Sektor“ oder den Markt aus Sicht der Bürger tangieren elementar die Akzeptanz auch der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Ergebnisse aus den verschiedensten Umfragen zeitigen im Kern zwar eine recht eindeutige gemeinsame Antwort, sind im Detail, speziell beim Blick auf Trends³, aber nicht ganz widerspruchsfrei.

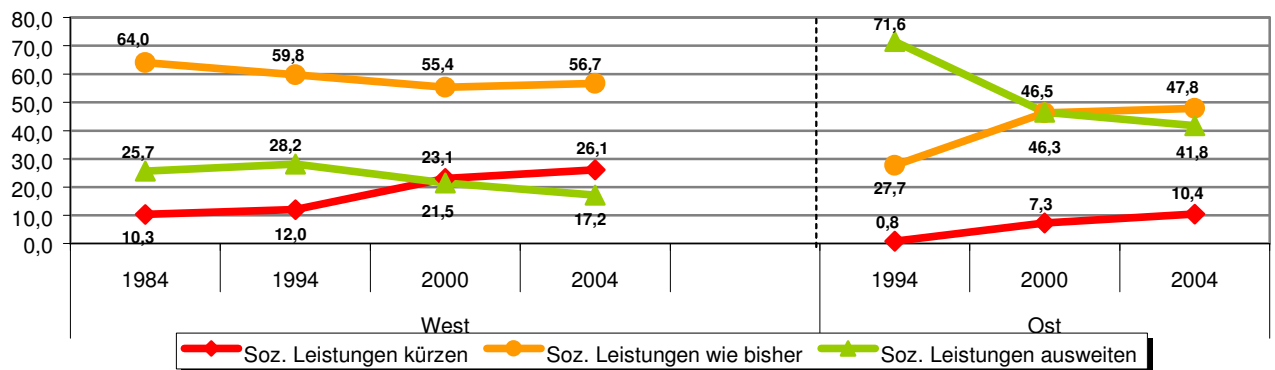
Abbildung 3.1: Zustimmung zur Zuständigkeit des Staates (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Abbildung nach kumulierter ALLBUS 1980-2004.

³ Das liegt auch daran, dass bei manchen Fragestellungen durch Änderungen in der Frageformulierung bzw. Konstruktion des Sets an Fragen oder Antwortvorgaben zu einem Thema besonders auf der Ebene der veröffentlichten Ergebnisse Vergleichbarkeitsprobleme auftreten (vgl. z. B. für den ALLBUS die einschlägigen Auswertungen in den Datenreports von Fuchs, Roller 2006 und Habich, Zapf 1989).

Abbildung 3.2: Meinung zur Zukunft der Sozialleistungen (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Abbildung nach kumulierter ALLBUS 1980-2004.

Die Abbildungen 3.1 und 3.2 zeigen zwei zentrale Ergebnisse aus den ALLBUS-Erhebungen: Zwischen 1984 und 2004 ist in den Alten Bundesländern erstens ein merklicher Rückgang in den zustimmenden Antworten zur Aussage festzustellen: „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“. Zweitens ist bei der Frage nach der Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen – „Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden oder sollte es so bleiben, wie es ist, oder sollte man die Sozialleistungen ausweiten?“ – ein deutlicher Anstieg im Anteil derjenigen festzustellen⁴, die für eine Kürzung von Sozialleistungen plädieren, von 10 Prozent im Jahr 1984 auf 26 Prozent im Jahr 2004 in Westdeutschland. In Ostdeutschland ist hierzu zwischen 1994 und 2004 ein Zuwachs von einem auf 10 Prozent zu beobachten. Dabei existieren in der Beantwortung dieser Fragen deutliche gruppenspezifische Unterschiede⁵ in den Einstellungen zum (Sozial-)Staat. Hinsichtlich der in Abbildung 3.1 behandelten Frage gibt es im Übrigen bei den Jüngeren, v. a. in Westdeutschland, eine ausgeprägtere Zustimmung; bei der Frage zu Abbildung 3.2 ist demgegenüber bei den 18- bis 34-Jährigen die deutlichste Verschiebung von der Antwortkategorie „Ausbau“ (1994: 33 %; 2004: 20 %) hin zur Kategorie „Kürzung“ (1994: 10 %; 2004: 28 %) zu verzeichnen.

⁴ Ganz leicht ist dabei zwischen 1994 und 2004 auch der Anteil derjenigen angewachsen (von 79 auf 83 %) die angeben, sich in dieser Frage tatsächlich eine Meinung gebildet zu haben.

⁵ „Unter den Bevölkerungsgruppen weisen in West- und Ostdeutschland die Selbständigen die skeptischste Haltung zum Sozialstaat auf. Deren distanzierte Haltung hat sich zwischen 2000 und 2004 noch verstärkt. Im Westen lässt sich im Jahr 2004 neben den Selbständigen bei den Beamten und den FDP-Anhängern eine überdurchschnittliche Abkehr vom Staat verzeichnen“ (Fuchs, Roller 2006, S. 648).

Unbenommen dieser Gruppenspezifika bleibt selbst in den genannten Gruppen, vor allem aber im Gesamtdurchschnitt, festzuhalten: Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung plädiert für eine Beibehaltung bzw. sogar für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats. Sie spricht sich für eine staatliche Zuständigkeit „bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter“ aus.

Mit anderer Ausrichtung der Frage kommt das Institut für Demoskopie Allensbach 2003 zu folgendem Ergebnis betreffs der vorliegenden Thematik: „Was ist besser: Wenn der Staat so weit wie möglich die Soziale Sicherung der Bürger übernimmt, oder wenn der Staat eine Grundsicherung vornimmt und ansonsten die Bürger so weit wie möglich ihre soziale Absicherung selbst regeln?“:

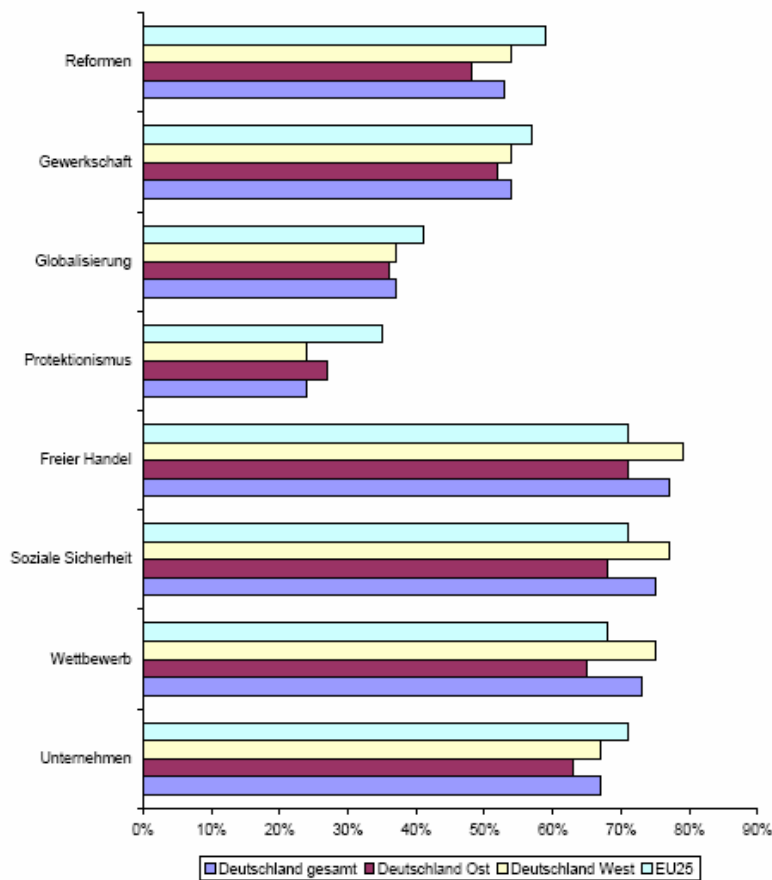
- Wenn der Staat das übernimmt: 46 Prozent (West: 44; Ost: 56),
- Staat-Grundsicherung, ansonsten die Bürger: 42 Prozent (West: 45; Ost: 29),
- Unentschieden: 12 Prozent (West: 11; Ost: 15).

Dabei ist den Befragten offensichtlich zunehmend bewusst, dass eine umfassende soziale Absicherung nur mit relativ hohen Steuern und Sozialabgaben finanziert werden kann (1994: 30 %; 2003: 47 %).

Laut der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie „Einstellungen zum Sozialstaat“ (vgl. Krömmelbein, Nüchter 2006) plädierten 2005 52 Prozent der Befragten für eine sehr starke Verantwortung und 44 Prozent für eine Mitverantwortung des Staates für die Soziale Sicherung. 55 Prozent der Ost- und 44 Prozent der Westdeutschen plädieren – auch unter Maßgabe, wie in der Frage angesprochen, höherer Abgaben – für mehr staatliche Ausgaben zur Sicherung des Lebensstandards im Alter. Dafür wird aber auch – stärker als in anderen Sozialleistungsbereichen – deutlich mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge für richtig gehalten. „Zusammenfassend lässt sich bislang nicht von einer kulturellen Wende oder einer abnehmenden Akzeptanz eines umfassenden und kompensatorischen Sozialstaatsmodells sprechen ... Vielmehr besitzt der traditionelle, expansive Sozialstaat in den Einstellungen der Bürger weiterhin einen hohen Stellenwert“ (ebenda, S. 3).

Auch der neueste Eurobarometer zum Thema aus dem Jahr 2006 bestätigt, dass der Begriff „Soziale Sicherheit“ durchaus im Sinne des alten Gedankens einer Sozialen Marktwirtschaft eine gleichrangig hohe Wertschätzung erfährt wie die Begriffe „Freier Handel“ und „Wettbewerb“ (vgl. Abbildung 3.3).

Abbildung 3.3: Bewertung ökonomischer Schlagworte in Deutschland (Positivnennungen; Angaben in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 2006.

Abbildung 3.4: „Für welche der folgenden Bereiche sollten ... nur der Staat/vor allem der Staat/sowohl der Staat als auch private Kräfte/vor allem private Kräfte/nur private Kräfte zuständig sein?“; Hier: Finanzielle Absicherung im Alter (Angaben in Prozent)

	1997			2002		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Nur der Staat	15,0	14,3	14,6	11,5	11,0	11,2
Vor allem der Staat	28,9	30,9	29,9	25,7	27,4	26,6
Staat als auch priv. Kräfte	47,5	49,2	48,4	53,2	55,1	54,2
Vor allem priv. Kräfte	6,4	4,6	5,5	7,8	5,5	6,6
Nur priv. Kräfte	2,3	1,0	1,6	1,9	0,9	1,4
Gesamt	5660	5742	11402	9607	9962	19569

Quelle: Eigene Abbildung nach SOEP 1997 und 2002.

Ein breiter gesellschaftlicher Konsens für eine besondere öffentliche Verantwortung wird – trotz unterschiedlicher Ergebnisse zur aktuellen Trendentwicklung – auch von

zwei anderen Datenquellen bestätigt. Für die Jahre 1997 und 2002 weist das Sozio-ökonomische Panel eine Mehrheit der Befragten nach, die für eine Absicherung der Alterseinkommen durch den Staat, ergänzt um private Absicherung plädieren.⁶ Eine schwerpunktmäßige oder gar rein private Absicherung wird nur von einer verschwindenden Minderheit befürwortet. Dabei wurde festgestellt, dass Frauen die größeren Kompetenzen für die Alterssicherung beim Staat sehen (d. h. skeptischer gegenüber privaten Vorsorgeformen sind). Vermutet werden die Gründe hierfür in der schlechteren Erwerbssituation der Frauen, die ihnen weniger Möglichkeiten bietet, private Vorsorge aufzubauen. Ebenso sehen überdurchschnittlich viele Personen mit geringer Bildung bzw. niedrigerem Einkommen die Zuständigkeit der Alterssicherung besonders stark beim Staat (vgl. Schwarze, Wagner, Wunder 2004, S. 317 ff.).

Eine etwas schwächere Zustimmung zur Beibehaltung des Status quo bzw. zu einer Ausweitung der Sozialtransfers, aber – trotz Abnahme – in der Summe immer noch eine deutliche Mehrheit (2000: 67 %; 2003: 55 %), erbrachte eine Umfrage des von der privaten Finanz- und Versicherungswirtschaft unterhaltenen Deutschen Instituts für Altersvorsorge (vgl. Abbildung 3.5).

Abbildung 3.5: „Sollte der Staat Ihrer Meinung nach ...“ (Angaben in Prozent)

„Sollte der Staat Ihrer Meinung nach ...“	2000	2001	2003
Steuern und Pflichtbeiträge senken, dafür aber auch Renten, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe kürzen	25	34	34
Steuern und Pflichtbeiträge, Renten, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe auf dem heutigen Niveau lassen	54	48	36
Renten, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe erhöhen, dafür aber auch Steuern und Pflichtbeiträge erhöhen	13	12	19
Verweigert/weiß nicht	9	6	10

Quelle: DIA/Börsch-Supan, Heiss, Winter 2004, S. 48.

Laut den MEA-Studien ist die Mehrheit der Bürger (55 %) nach wie vor zumindest für die Beibehaltung des heutigen Umfangs des Sozialstaates. Allerdings ist der Anteil derer, die einen Status quo bevorzugen, zwischen 2000 und 2003 deutlich von 54 % auf 36 % zurückgegangen. Etwa ein Drittel der Bürger sprechen sich für die Reduzierung des Umfangs zugunsten niedrigerer Steuern und Abgaben aus und ein knappes

⁶ „Diese Ergebnisse können also nicht als Indiz für eine ausgeprägte Präferenz für ein stärker privatwirtschaftlich orientiertes Alterssicherungssystem in der Bevölkerung gelten. Auch wenn die mittlere Kategorie „sowohl der Staat als auch private Kräfte“ am häufigsten genannt wurde, wäre es überinterpretiert, darin einen ausdrücklichen Wunsch für den Ausstieg aus der staatlich dominierten Alterssicherung zu sehen“ (Schwarze, Wagner, Wunder 2004, S. 318 f.).

Fünftel befürwortet einen Ausbau. Nach soziökonomischen Merkmalen betrachtet sind laut diesen Befragungen diejenigen, die als Leistungsempfänger von den Sozialleistungen profitieren – Ältere, Rentner und Arbeitslose eher für einen großen Sozialstaat, während Jüngere und Erwerbstätige sich eher für dessen Reduzierung aussprechen (Börsch-Supan, Heiss, Winter 2004, S. 50).

Der Bericht von Börsch-Supan u. a. enthält eine Reihe weiterer einschlägiger Fragen (vgl. ebenda, S. 51 ff.), auf die hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen wird. Allerdings sind die Formulierungen in den Interviews dabei nicht gerade neutral, wie die Autoren auch selbst schreiben (vgl. ebenda, S. 52). So ist es u. E. eine theoretisch nicht begründbare und methodisch verkürzte, ja manipulative „Alternative“, die Frage zu stellen, ob „der Staat für die Rentner mehr Geld ausgeben, aber weniger für Arbeitslose oder junge Arbeitssuchende“ tun sollte et vice versa.

Ähnliches gilt auch für die entsprechenden Fragen aus den groß angelegten (2005/06: 621.000 online Befragte) Studien „Perspektive Deutschland“, Online-Umfragen, die jedoch zur methodischen Fundierung auf eine repräsentative Zufallsstichprobe traditioneller Art (2400 offline Befragte in computergestützten persönlichen Interviews) umgewichtet wurde.

60 Prozent der 2005/06 Befragten, das sind 8 Prozent weniger als 2003, gaben an, dass sie im Hinblick auf die „Soziale Sicherung (z. B. Alters- und Gesundheitsvorsorge)“⁷ in den nächsten Jahren eine Verschlechterung erwarten würden (6 %: Verbesserung). 58 Prozent machten sich große Sorgen, „dass ich im Alter für Lebensunterhalt und Gesundheitskosten nicht aufkommen kann“.

Zur gewünschten Rolle des „Staates“⁸ in der sozialen Sicherung ist insbesondere das Ergebnis zur folgenden Frage interessant: „In welche Richtung sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach in Zukunft verändern, wenn es um die soziale Sicherung geht?“ Die Antworthäufigkeiten für 2005/2006⁹:

- **Viel mehr** Lebensrisiken als heute sollten vom Staat getragen werden: 8 % (8)

⁷ Gemeint war wahrscheinlich die Gesundheitsversorgung (Krankenversicherung).

⁸ Wobei es zu den unbestreitbaren Informationslücken gehört, dass die breite Mehrheit der Befragten wohl nur unzureichend über die Trennung von Staat und Parafisci Bescheid weiß.

⁹ In Klammern sind die Werte aus der Befragung 2003/2004 wiedergegeben.

- **Mehr** Lebensrisiken als heute sollten vom Staat getragen werden: 30 % (24)
- So wie es heute ist, ist es genau richtig: 18 % (14)
- **Mehr** Lebensrisiken als heute sollten privat getragen werden: 32 % (36)
- **Viel mehr** Lebensrisiken als heute sollten privat getragen werden: 5 % (7)
- Weiß nicht: 7 % (11)

Knapp ein Fünftel der Befragten plädiert für eine Beibehaltung des Status quo, die Befürworter einer Verschiebung zu „mehr Staat“ bzw. „mehr Markt“ halten sich die Waage. Warum gegenüber der Studie 2003/2004 eine Verschiebung von „mehr privat“ zu „mehr Staat“ stattgefunden hat ist nicht klar. Ob hierfür z. B. eine zunehmende Medienberichterstattung über die Folgen der Wirtschaftskrise für die Versicherungen bzw. Rentner in Ländern wie UK oder USA oder das Scheitern der Rentenreformen in Lateinamerika (vgl. Rische 2006, S. 5) eine Rolle spielen oder die angepassten Auszahlungsprognosen bei Lebensversicherung hierzulande, kann so nicht untersucht werden.¹⁰ Eine „gesunkene Zufriedenheit und Skepsis gegenüber privater Vorsorge“ (Schwarze, Wagner, Wunder 2004) dürfte auf jeden Fall hier auch eine Rolle spielen.

¹⁰ Klarer wird durch die Ergebnisse auf die o. g. Frage aber auch, dass die Befunde zu einer anderen Fragekonstruktion in „Perspektive Deutschland 2005/06“ ein hochgradiges Artefakt sind: Zur Ermittlung eines „eher staatlich oder eher marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsbildes“ wurde den Befragten eine sehr seltsame Alternative mit je fünf unreal dichotomen, mehrdimensionalen Beschreibungen vorgelegt (vgl. Perspektive Deutschland 2006, S. 52). Wie offensichtlich angestrebt, resultierte aus der Fragekonstruktion ein eindeutig wirtschaftsliberales Ergebnis – das aber in deutlichem Widerspruch zu anderen Ergebnissen aus dieser Studie (vgl. oben) und anderen Befragungen steht.

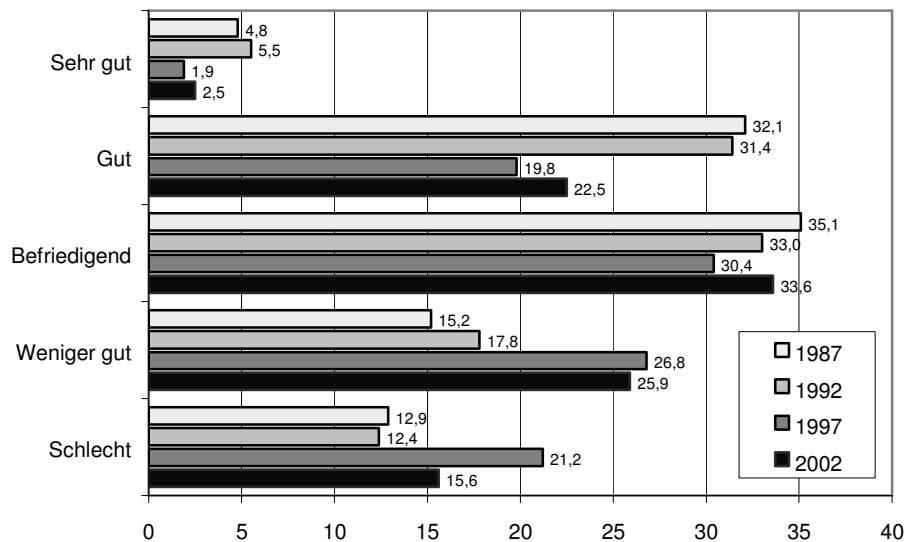
4. Vertrauen in die Alterssicherung/Zufriedenheit

„Bestimmte Erlebnisse im Interview vergisst man nie, etwa die Antwort einer Bäuerin auf die Frage „Glauben Sie, dass Goethe ein moralisches Leben geführt hat?“: „Wenn Sie schon so fragen, wird es wohl unmoralisch gewesen sein“
(Noelle-Neumann, E.; Petersen, Th. (1996): Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie, München, S. 119).

Der angesprochene Rückgang in der Zufriedenheit mit der Alterssicherung bezieht sich auf Ergebnisse aus dem Sozioökonomischen Panel der Jahre 1992 und 2002. Unter den Befragten im erwerbsfähigen Alter ist in diesem Zeitraum der Anteil der Zufriedenen (sehr gut plus gut) von 37 auf 25 Prozent gesunken; auf der anderen Seite der fünfstufigen Skala ist der Anteil der Unzufriedenen um 10 Prozentpunkte gestiegen. Wie Abbildung 4.1 in einem detaillierteren Vergleich für Westdeutschland zeigt, lag der entscheidende Rückgang dabei in der Zeit zwischen den Befragungen 1992 und 1997.

Wann und warum genau sich die Einstellungsmuster verschoben haben, lässt sich mit den verfügbaren Daten kaum, zumindest nicht im gegebenen Rahmen rekonstruieren. Genau hierin liegt aber auch ein besonders gewichtiges Argument für ein Monitoring der Gesetzlichen Rentenversicherung zu den hier behandelten Themen für die Zukunft (vgl. unten).

Abbildung 4.1: „In der Bundesrepublik gibt es die Sozialversicherung mit ihren verschiedenen Zweigen, wie Krankenversicherung, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung. Die Sozialversicherung und entsprechende private Vorsorgeformen sollen die Menschen in verschiedenen Notlagen und im Alter finanziell absichern. Wie bewerten Sie persönlich Ihre finanzielle Absicherung in den betreffenden Lebenssituationen. Hier: Für das Alter?“ (Angaben in Prozent)



Quelle: Wunder, Schwarze 2004, S. 5 (SOEP 2002, Westdeutsche Befragte im Alter von 16 bis 64 Jahren, querschnittsgewichtet).

Die Europäischen-Werte-Studien markieren mit ihrem allerdings großen zeitlichen Erhebungsabstand gleichermaßen einen starken Rückgang des Vertrauens in die Soziale Sicherung in Ost- und noch mehr in Westdeutschland zwischen 1990 und 1999. Einen merklichen Rückgang im Vertrauen lokalisieren auch die Erhebungen von Börsch-Supan, in diesem Fall aber im Zeitraum zwischen den Erhebungen 2000 und 2001 (vgl. Abbildung 4.2). Danach ist – bei allerdings höchst suggestiver Frageformulierung¹¹ – bis 2003 keine Veränderung festgestellt worden.

Abbildung 4.2: „In letzter Zeit wird vermehrt von einer möglichen Krise des gesetzlichen Rentenversicherungssystems gesprochen: Es wird behauptet, in zehn bis fünfzehn Jahren wären wir nicht mehr in der Lage, die Rente auf ihrem jetzigen Niveau zu halten. Schließen Sie sich dieser Meinung an?“ (Angaben in Prozent)

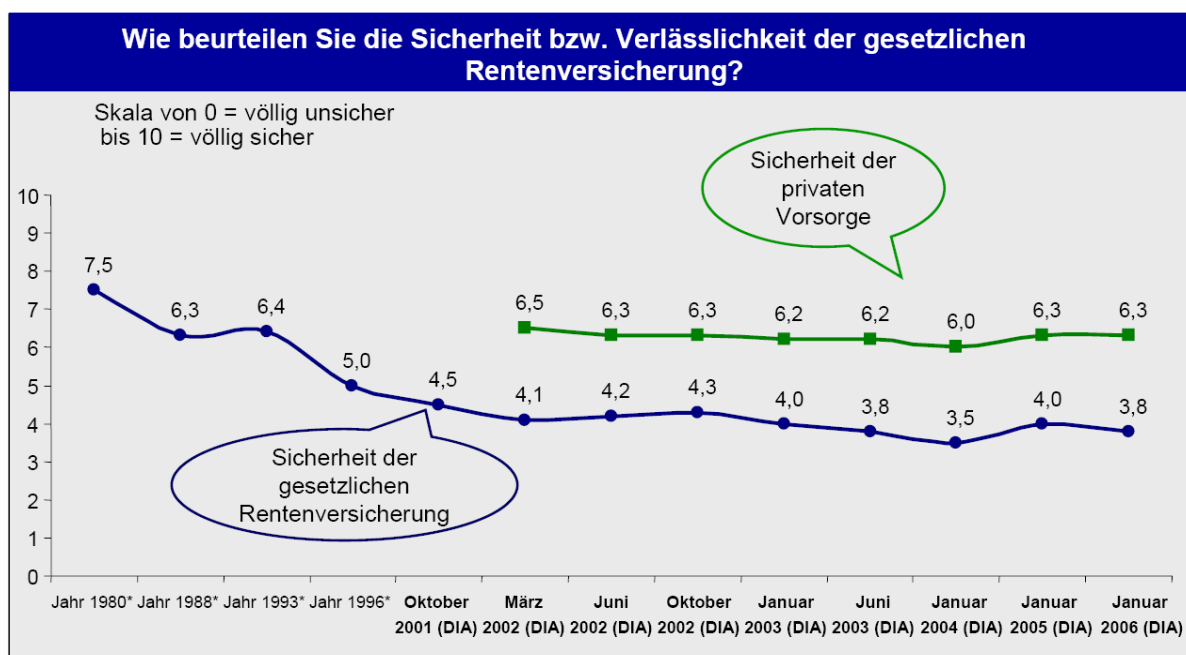
	2000	2001	2003
Ja	77	85	85
Nein	18	12	13
Weiß nicht/verweigert	6	2	2

Quelle: DIA/Börsch-Supan 2004, S.35.

¹¹ „Fragen sollten keine bestimmte Beantwortung provozieren“ (Atteslander 2006, S. 146).

Auch die Daten des „DIA-Rentenbarometers“ zeigen ein im Prinzip ähnliches Muster (vgl. Abbildung 4.3). Für die gesetzliche Rentenversicherung kann es allerdings, insbesondere angesichts des Niveauunterschiedes, nur ein geringer Trost sein, dass auch das Vertrauen in die private Vorsorge leicht zurückgegangen ist (vgl. Reimann, Frommert 2006, S. 81) und dass die Werte in neuerer Zeit nach dieser Quelle relativ stabil sind. Dabei ist es zunächst – nicht aber auf der Ebene zu ergreifender Maßnahmen! – auch irrelevant, worauf diese Vertrauenskrise zurückzuführen ist, ob auf objektive Probleme oder auf die Kampagnen der von der privaten Versicherungswirtschaft und den Arbeitgeberverbänden finanzierten Akteure (DIA, Initiative Neue Marktwirtschaft etc.).

Abbildung 4.3: „Wie beurteilen Sie die Sicherheit bzw. Verlässlichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung?“ (Index-Werte)



*Die Daten der Jahren 1980 – 1996 stammen vom Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1980-96

Quelle: DIA-Rentenbarometer 2006, S. 4.

Außerdem signalisieren einzelne Umfragen durchaus auch für die letzten Jahre einen Rückgang des Vertrauens in die bzw. der Zufriedenheit mit der Alterssicherung: So hat sich in den deutschen Werten der Eurobarometer-Erhebungen der Anteil derjenigen erhöht, die im Hinblick auf die Zukunft der Renten überhaupt nicht zuversichtlich waren (vgl. Abbildung 4.4).¹²

¹² Beachtenswert ist dabei auch, dass Deutschland im europäischen Vergleich laut dieser Quelle zu den Ländern mit besonders schlechten Werten gehört.

Abbildung 4.4: „Wenn Sie derzeit an die Zukunft der Rente denken, sind Sie da ...“
(Angaben in Prozent)

	2004	2005
- sehr zuversichtlich	1	2
- eher zuversichtlich	15	15
- eher nicht zuversichtlich	46	41
- überhaupt nicht zuversichtlich	36	41
- weiß nicht/keine Angabe	2	1

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurobarometer-Erhebungen.

Die ALLBUS-Erhebungen verwenden im Gegensatz zu den zuletzt genannten Umfragen eine Frage zur persönlichen Alterssicherung bzw. Sicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall als Indikator für die Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse. Nach diesen Zahlen ist die individuelle Zufriedenheit mit der Sozialen Sicherung insbesondere in Westdeutschland zwischen 1984 und 2004 deutlich gesunken (vgl. Abbildung 4.5).

Abbildung 4.5: „Wie ist es mit Ihrer persönlichen Alterssicherung oder Sicherung vor Invalidität und im Krankheitsfall? Fühlen Sie sich ... Ausreichend gesichert, nicht ausreichend gesichert, oder haben Sie sich darüber noch keine Gedanken gemacht?“ Hier: Ausreichend gesichert (Angaben in Prozent).

	West			Ost		
	1994	2000	2004	1994	2000	2004
	in %					
Insgesamt	67	69	58	47	55	48
Geschlecht						
Männer	70	71	60	50	55	50
Frauen	65	66	57	44	56	47
Altersgruppen						
18-34 Jahre	54	44	42	43	40	33
35-59 Jahre	71	71	58	44	49	44
über 60 Jahre	80	85	72	58	78	67
Berufliche Stellung						
Selbständige	78	71	68	53	62	56
Beamte	93	80	84	69	71	87
Angestellte	68	67	61	47	51	49
Arbeiter	64	60	50	46	46	42
Arbeitslose	46	40	31	34	37	24
Rentner/Pensionäre	78	86	70	55	77	66

Quelle: Fuchs, Roller 2006, S. 652.

Der Anteil derjenigen, die sich 1984 als „ausreichend gesichert“ betrachteten, lag noch bei 71 Prozent. Der Anteil derjenigen, die sich als „nicht ausreichend gesichert“ bezeichneten, betrug 1984 16 Prozent und ist bis 2004 auf 37 Prozent angewachsen. Speziell die hier wieder bei den Jüngeren aufscheinenden geringen Anteile sind deutlich.

Die Prozentanteile derjenigen, die sich als im Alter ausreichend gesichert ansehen, betragen, wie in Darstellung 4.5 gezeigt, im Jahr 2004 58 bzw. 48 Prozent. Solche Ergebnisse hängen natürlich sehr stark von der Frageformulierung bzw. der Skalierung und Abgrenzung der Antworten ab. Hierzu in aller Kürze einige Beispiele aus anderen Umfragen mit vergleichbarer Stoßrichtung:

- In Abbildung 4.1 wurden bereits Ergebnisse aus dem Sozioökonomischen Panel präsentiert: 2002 bezeichneten sich 25 Prozent der Befragten im Jahr 2002 als sehr gut oder gut gesichert. Nimmt man die Antworten zur mittleren Kategorie „befriedigend“ hinzu, so ergeben sich 58 Prozent.
- Eine Befragung von 1003 Bundesbürgern für die Zeitschrift Stern (Heft 32/2005), ergab, dass 53 Prozent glauben, dass ihre Altersvorsorge ausreichend ist, 41 Prozent hegen Zweifel daran.
- In einer Emnid-Umfrage (3/2006) für N24 gingen im Jahr 2006 41 Prozent der Befragten davon aus, dass sie mit ihren Alterseinkünften gut leben können, während 51 Prozent glauben, dass sie mit ihrer Rente oder Pension nur schlecht auskommen werden.

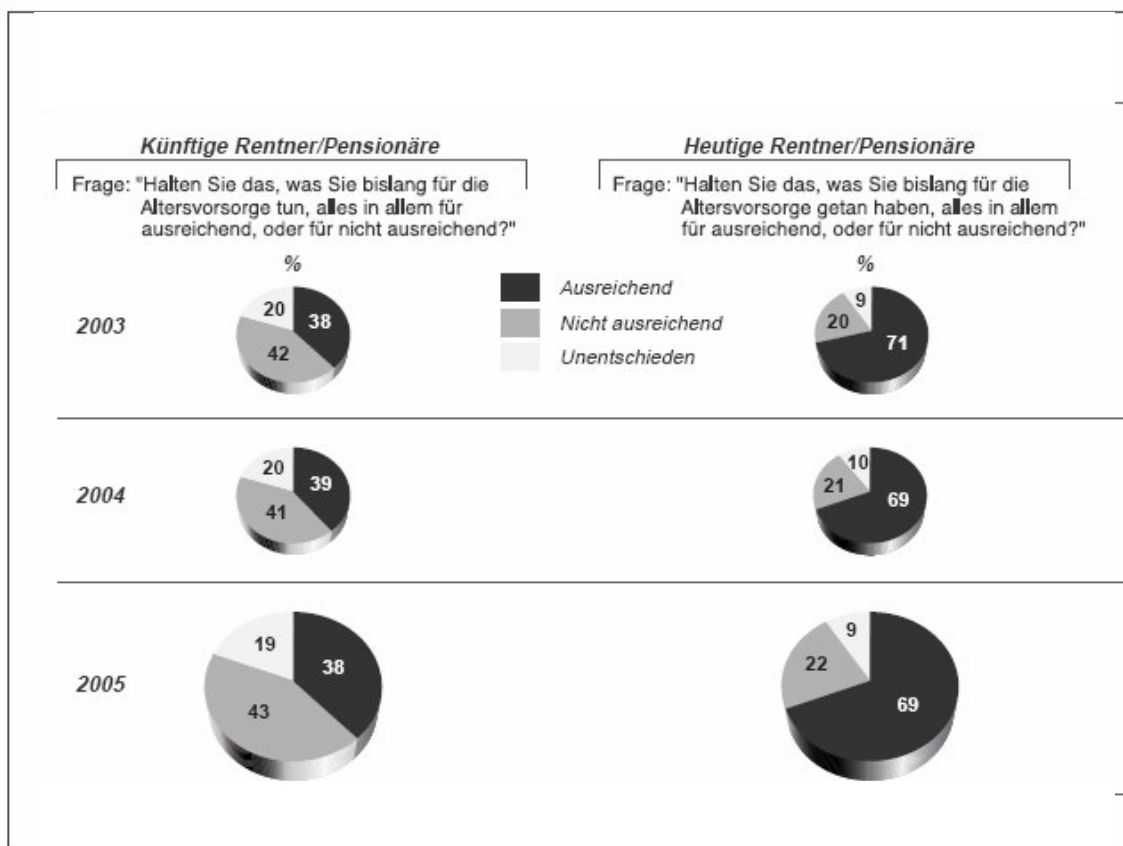
Dass man in diese knappe chronologische Zusammenschau verschiedener Datenquellen keinen Trend hineindeuten darf, zeigen aber andere, weitere vorliegende Umfragen:

- Schon im Jahr 2000 ermittelte das Institut INRA im Auftrag der Zeitschrift „Das Haus“ auf Basis von 1000 Befragten ab 14 Jahren, dass nur 27 Prozent glauben, dass sie von ihrer Rente „ein gutes Auskommen“ haben würden.
- 2003 erbrachte eine Umfrage des IfD Allensbach (Reformkompass 2003) unter 3.590 Personen ab 16 Jahren, dass 76 Prozent der Befragten Zweifel an ihrer Rente hegen.
- In einer anderen Umfrage aus Allensbach im Jahr 2005 (für das Unternehmen MLP; 1.535 Befragte) wurde die Frage gestellt: „Wird die gesetzliche Rente aus Ihrer Sicht ausreichen, um Ihren jetzigen Lebensstandard im Alter zu sichern, wird

sie nicht reichen oder wird sie einen höheren Lebensstandard ermöglichen?“. Die Antworten: Wird reichen: 17,1; Wird nicht reichen: 72,7; Keine Angabe: 10; Höherer Lebensstandard: 0,2 Prozent.

- Aus einer Emnid-Umfrage im Jahr 2005 berichten die Nachrichten der Hamburg-Mannheimer, dass „zwei Drittel befürchten, im Alter nur über ein unzureichendes Einkommen zu verfügen“.

Abbildung 4.6: „Halten Sie das, was Sie bislang für die Altersvorsorge tun (getan haben), alles in allem für ausreichend, oder für nicht ausreichend?“ (Angaben in Prozent)



Quelle: Postbank/Allensbach 2006, S. 16.

- Abbildung 4.6 gibt die Ergebnisse von drei Erhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Postbank wieder. Laut diesen Umfragen hat sich in den Jahren 2003 bis 2005 sowohl bei den Jüngeren als auch bei den Rentnern/Pensionisten hinsichtlich der Einschätzung, ob man es für ausreichend erachtet, was man für die eigene Altersvorsorge tut bzw. getan hat, kaum etwas

verändert.¹³ Eine unzureichende Altersvorsorge befürchten unter den Erwerbstätigen besonders Arbeiter und Befragte mit geringeren Einkommen sowie Ostdeutsche.

- 2005/06 bezweifelten die Befragten in der Studie „Perspektive Deutschland“ mehrheitlich, „dass sie durch die gesetzliche Rente und andere soziale Absicherungen im Alter ausreichend versorgt sind (55 %) ... Im Alter ausreichend versorgt zu sein – daran glaubt insgesamt nur eine Minderheit von 14 %“ (Perspektive Deutschland 2006, S. 73).¹⁴

Wenn auch aus diesen Ergebnissen einzelner Umfragen verschiedener Institute kein einheitlicher zeitlicher Trend aufscheint, so ist doch – und das soll das reale Problem keineswegs kleinreden – festzustellen: Im Vergleich zu den „neutralen“ sozialwissenschaftlichen Großerhebungen wie Sozioökonomisches Panel und ALLBUS fallen die Ergebnisse der kommerziellen Umfragen für interessierte Auftraggeber (Versicherungskonzerne, Medien etc.) doch im allgemeinen um ein gutes Stück skeptischer, negativer aus.

¹³ Laut „DIA-Rentenbarometer“ des Instituts Psychonomics hat sich zwischen 2004 und 2006 – bei sehr explizitem Bezug auf die private zusätzliche Altersvorsorge – der Anteil derer mit ausreichender eigener Vorsorge von 50 auf 57 Prozent erhöht.

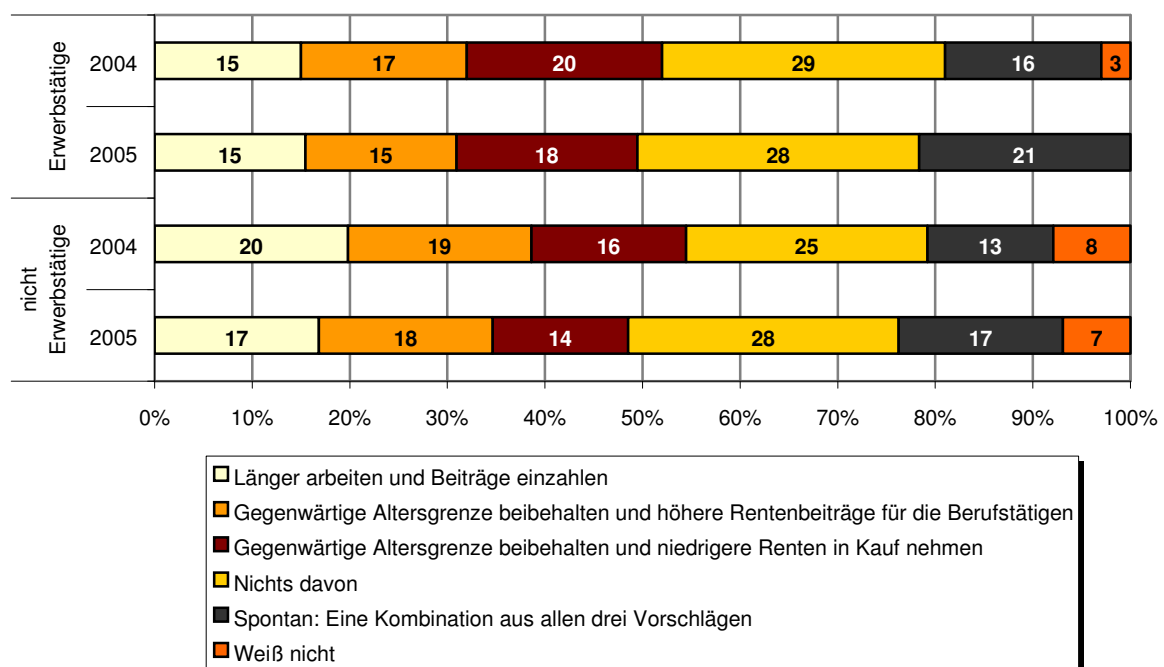
¹⁴ Hier wurden die Prozentwerte jeweils der beiden oberen und unteren Antwortmöglichkeiten auf einer sechsstufigen Skala zusammengefasst. Bemerkenswert ist aus dieser Studie auch: „Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, dass Ihnen kaum genug Geld übrig bleibt, um zusätzlich private Altersvorsorge zu betreiben (51 %)“ (Perspektive Deutschland 2006, S. 74).

5. Präferierte Maßnahmen/Einstellungen zu den Rentenreformen

„Looking at the findings of the myriad ... surveys, and of the commercial and academic polls suggests that the interpretations made of them ... are usually more definitive than the data allow ... They should be furnished with the full gamut of findings, interpreted by experts who do not have a stake in the validity of a yone poll”
 (Lipset, S.M.; Schneider, W. (1977): Polls for the White House & the Rest of Us, in: Encounter XLIX (1977)5, S. 33 f.).

Fragen zu den präferierten Maßnahmen bzw. zur Beurteilung von Rentenreformen lassen normalerweise nur indirekte Schlussfolgerungen auf das Wissen über die Alterssicherung bzw. die eigentliche Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung zu. Sie sind im vorliegenden Zusammenhang aber mit zu beachten, da sie in Teilen auch die grundsätzlichen Einstellungen zur Alterssicherung ansprechen (und gerade auch in der Propaganda der Befürworter einer noch weitergehenden „Privatisierung“ eine bedeutende Rolle spielen).

Abbildung 5.1: „Welchen der folgenden Vorschläge, die die Finanzierung des deutschen Rentensystems gewährleisten sollen, würden Sie persönlich bevorzugen? (Erwerbstätige) / Welcher der folgenden Vorschläge, die die Finanzierung des deutschen Rentensystems gewährleisten sollen, ist Ihrer Meinung nach für die Berufstätigen am ehesten zu akzeptieren? (Nichterwerbstätige)“
 (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Abbildung nach Eurobarometer 62.1 (2004) und 64.2 (2005).

Nach den Ergebnissen der Eurobarometer-Befragungen 2004 und 2005 zu diesem Thema herrscht in Deutschland eine relativ große Uneinigkeit in der Bevölkerung hinsichtlich möglicher Reformwege. Von den drei in Abbildung 5.1 wiedergegebenen klaren Antwortvorgaben wird in beiden Jahren keine von mehr als einem Fünftel der Befragten präferiert. Zwischen beiden Erhebungsjahren und auch zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen sind die Unterschiede relativ gering.

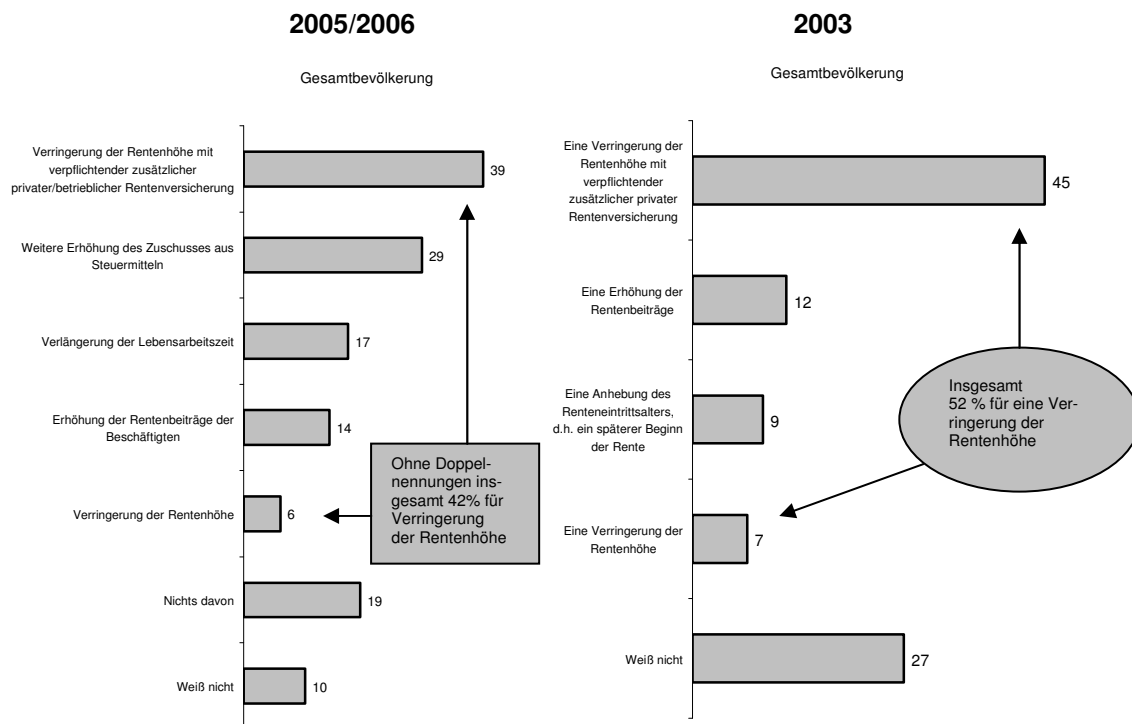
Laut Reimann und Frommert (2006, S. 82) deutet der hohe Anteil der insofern „Meinungslosen“ auf ein beträchtliches Informationsdefizit in der Bevölkerung hin: „Es ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Aufgabe, rentenpolitische Maßnahmen in verständlicher und zugänglicher Weise zu kommunizieren“. Das ist zweifellos richtig. Man muss aber auch sehen, dass der deutliche Anteil derjenigen, die spontan, d. h. ohne dass diese Antwortmöglichkeit(en) den Befragten überhaupt vorgegeben waren, für eine Kombination aus den Maßnahmen plädierten, eine weitere Interpretation nahe legt (auch zusammen mit dem guten Viertel an Antworten zur Vorgabe „Nichts davon“): Die Präferenzen der Befragten gehen anscheinend nicht in Richtung eines einzelnen dezidierten Reformweges, sondern einer Kombination von Maßnahmen, eher einer Mischung und nicht einseitig-radikaler Schritte.¹⁵

Dies wird ebenfalls deutlich, wenn man die Ergebnisse der Befragung Perspektive Deutschland 2005/2006 (und im Vergleich 2002) betrachtet (vgl. Abbildung 5.2). 39 Prozent der Befragten hielten Ende 2005 eine Verringerung der Rentenhöhe in Kombination mit einer verpflichtenden Zusatzversicherung für den besten Weg, die Finanzierung der GRV zu sichern, während 29 Prozent für eine Erhöhung des Zuschusses aus Steuermitteln plädierten. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wurde von 17 Prozent und eine Erhöhung der Rentenbeiträge von 14 Prozent der Befragten genannt. 19 Prozent der Befragten haben keine von den vorgegebenen Alternativen gewählt, weitere 10 Prozent der Antworten entfielen auf „Weiß nicht/Keine Antwort“. Auch 2002 war der Anteil der Unentschlossenen mit 27 Prozent extrem hoch.¹⁶

¹⁵ Das wirft auch die Überlegung auf, ob die drei so vorgegebenen Antwortkategorien das Spektrum an Alternativen ausreichend abdecken.

¹⁶ Die Gegenüberstellung zeigt, dass wegen der hohen Ambivalenz die Ergebnisse auf Fragen mit und ohne Zulassung von Mehrfachnennungen nicht einfach miteinander verglichen werden können.

Abbildung 5.2: „Was halten Sie für den besten Weg, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung in Zukunft zu sichern?“

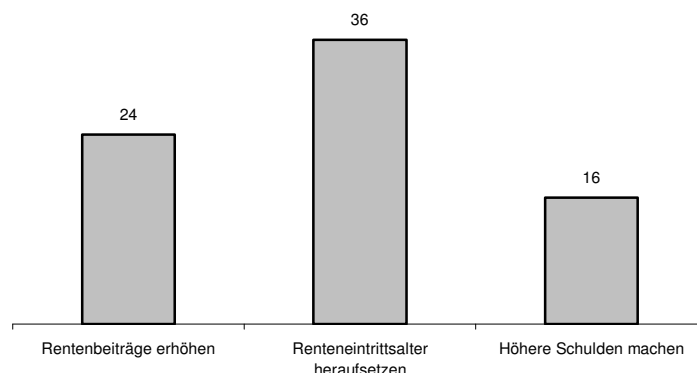


Quelle: Perspektive Deutschland 2005/2006, S. 75; 2003, S. 10.

Auch anhand weiterer Quellen scheint diese „Unentschlossenheit“ der Befragten auf. In der Befragung DeutschlandTrend 4/2005 von Infratest-Dimap wurde gefragt, was die Politik – wegen der Koppelung an die Lohnentwicklung – hinsichtlich der Gefahr sinkender Renten tun solle. 68 Prozent der Befragten waren im April 2005 der Meinung, dass die Bundesregierung dies durch Gesetzesänderung verhindern sollte. Dagegen plädierten 27 Prozent dafür, die Renten in diesem Fall, wie im Gesetz vorgesehen, zu kürzen. Am deutlichsten äußerten sich die unmittelbar Betroffenen gegen eine Kürzung der Renten: 79 Prozent der Rentner fanden, dass die Regierung handeln müsse, sollte eine solche Kürzung von Gesetzes wegen anstehen. Vor allem jüngere Befragte waren für die Beibehaltung der Kopplung von Renten und Löhnen auch im Falle einer realen Lohnkürzung, obwohl sich auch von den derzeitigen Beitragszahlern mit 63 Prozent eine deutliche Mehrheit gegen Rentenkürzungen bzw. für eine Intervention durch die Regierung aussprach. Unter denjenigen, die für eine Gesetzesänderung statt Rentenkürzung plädierten, konnte man allerdings keine eindeutige Meinung zu den angebotenen Alternativen erkennen (vgl. Abbildung 5.3). Am häufigsten – allerdings auch nur zu 36 Prozent – stimmten in dieser Quelle die Befragten einer Erhöhung des Renteneintrittsalters zu (hierfür plädierten am ehesten

die Rentner). Eine Erhöhung der Rentenbeiträge käme bei 24 Prozent der Befragten in Frage, während nur 16 Prozent „eine Schuldenerhöhung“ akzeptieren würden. 19 Prozent haben sich für keine der genannten Lösungen entschieden.

Abbildung 5.3: „Was ist Ihrer Meinung nach die beste Lösung, um die Kürzung der Renten zu verhindern?“ (Nur Befragte, die sich gegen eine Rentenkürzung ausgesprochen haben; Angaben in Prozent)

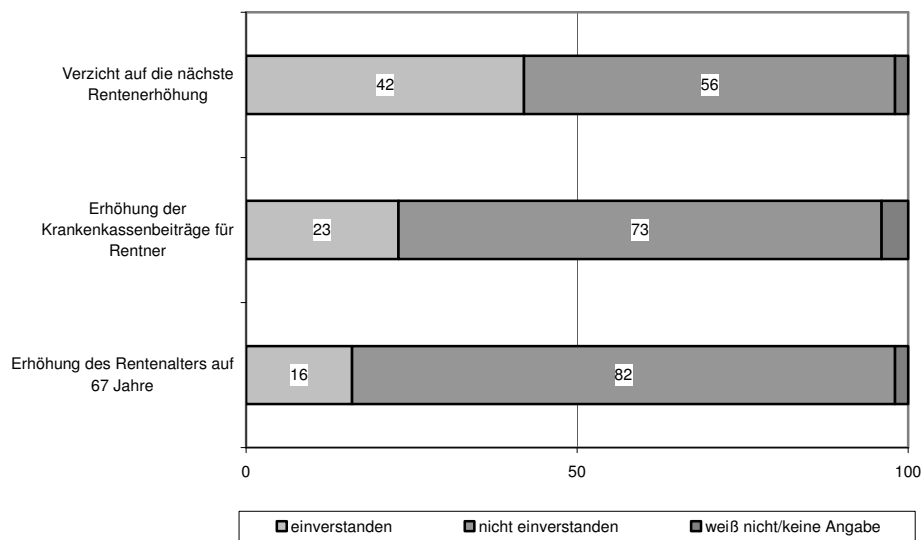


Quelle: Infratest-Dimap, DeutschlandTrend IV 2005, S. 4.

In einer weiteren Infratest-Erhebung zu den DeutschlandTrends (vom Juni 2003) wurde eine andere Fragenkonstruktion zum gleichen Thema verwendet. Bei Abfrage mit den Antwortmöglichkeiten „einverstanden“ und „nicht einverstanden“ reduziert sich der Anteil der „Weiß nicht/Keine Antwort“-Kategorie auf ein für Meinungsumfragen normales Niveau (vgl. Abbildung 5.4).

Die bei diesen Interviews den Befragten vorgegebenen Vorschläge zur Entlastung der Rentenkassen stießen allesamt – und in Ostdeutschland noch verstärkt – auf Ablehnung. Noch am ehesten mit 42 Prozent erklärten sich die Befragten mit einer kurzfristigen Aussetzung der nächsten Rentenerhöhung einverstanden (56 % waren dagegen). Eine Kürzung des Bundes-Zuschusses für die Krankenkassen, die auf höhere Krankenkassenbeiträge bei den Rentnern hinauslief, akzeptierten lediglich 23 Prozent, und am wenigsten Zustimmung fand mit 16 Prozent die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Abbildung 5.4: Zustimmung und Ablehnung bestimmter Vorschläge zur Entlastung der Rentenkassen (Angaben in Prozent)



Quelle: Infratest-Dimap, DeutschlandTrend IV 2003, S. 9.

Auf der ablehnenden Seite ergeben sich also ebenfalls jeweils große Mehrheiten bei der Abfrage von Einzelmaßnahmen, soweit als Antwortmöglichkeiten beide Kategorien (Zustimmung und Ablehnung) vorgegeben sind. Je dichotomer die Antwortvorgaben dabei sind – d. h. ohne Abstufungsmöglichkeiten¹⁷ –, umso deutlicher fällt dieser Effekt natürlicherweise aus.

So kamen z. B. auch die durchgängigen großen Ablehnungsanteile in der Forsa-Umfrage „Demographischer Wandel aus Sicht der Bundesbürger“ für die Bertelsmann-Stiftung 2003 zustande. Für Laien in der Methodik der Empirischen Sozialforschung entsteht so der Eindruck, jegliche Schritte würden von den Befragten aus mangelnder Einsicht in notwendige Maßnahmen rigoros abgelehnt und dann die vorwurfsvolle Schlussfolgerung gezogen, die Bürger würden sich aus purem Egoismus und mangelnder Einsicht als „die Unbeteiligten“ (Schirmmacher 2004, S. 58 f.)¹⁸ gerieren. Das Meinungsklima zu Alterssicherungsreformen ist wesentlich differenzierter und spiegelt „... Einstellungen der Bürger wider, die einer staatlichen Zuständig-

¹⁷ Durch den (kostenbedingt) zunehmenden Einsatz von Telefoninterviews, bei denen Hilfsmittel (wie die Vorlage von differenzierenden Listen- und Skalenblättern) nur begrenzt möglich sind, wird die Tendenz zu solchen „schwarz-weiß-Abfragen“ verstärkt.

¹⁸ Für Politiker entsteht aus solchen sträflichen Missinterpretationen einzelner Befunde aus Umfragen schnell der generelle Eindruck, „man dürfe nicht die Frösche fragen, wenn man einen Sumpf trockenlegen wolle“.

keit relativ vorbehaltlos zustimmen, im Bereich der Ausgestaltung und Ausgaben jedoch größere Flexibilität zeigen“ (Fasshauer, Frommert 2006, S. 703).

Vor diesem Hintergrund sind sicherlich hohe Zustimmungsquoten im Sinne einer qualifizierten Mehrheit für einzelne Maßnahmen gar nicht zu erwarten. Allerdings darf dies in der Interpretation von Umfrageergebnissen nun auch nicht ins Gegenteil umfunktionalisiert werden, etwa wenn die laut der Population Policy Acceptance Study verbreiteten sehr geringen Zustimmungswerte (hier konkret zur Anhebung des Rentenalters; vgl. dazu auch Kapitel 6) einfach in eine – relativ gesehen – hohe Zustimmung umgedeutet werden. So schreiben etwa das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und die Robert Bosch Stiftung (2005, S. 29) zu den in Abbildung 5.5 wiedergegebenen Zahlen: „Die Anhebung des Rentenalters und die Abschaffung von Frühverrentung werden in den meisten europäischen Ländern als wirkungsvolle Maßnahmen zur Sicherung der Renten eingeschätzt.“ Faktisch waren es nur in drei von zehn beteiligten Ländern zwischen 20 und 30 Prozent, in den anderen sieben Ländern, auch in Deutschland, lagen die Werte z. T. noch deutlich niedriger.

Abbildung 5.5: Bevorzugte Maßnahmen zur Sicherung der Renten 2003 (Angaben in Prozent)

Maßnahmen	Belgien	Tschechien	Estland	Finnland	Deutschland	Litauen	Niederlande	Polen	Rumänien	Slowenien
Anhebung des Rentenalters	9,2	12,2	21,9	27,9	15	9,6	16,3	9,3	26,1	10,9
Frühverrentungsprogramme abschaffen	45,2	30,9	25,6	15,2	33,6	24,3	35,4	20,3	16,4	
Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge	26,5	26,6	18,2	39,3	12	28,7	37,1	38,9	30	38,7
Verringerung der Rentenhöhe	5,3	2,6	3,4	5,9	8,8	2	5	2,7	4,2	5,3
Kinder zwingen, die Eltern finanziell zu unterstützen	3,2	6,5	9,6	3,9	2,7	7,6	1,2	7,8	12	2,6
Rentenhöhe in Abhängigkeit von der Kinderzahl	10,7	21,1	21,2	7,9	20,8	27,7	5	21	11,4	18,3

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Robert Bosch Stiftung 2005, S. 29.

Methodisch lässt sich aus den in diesem Kapitel präsentierten Ergebnissen und ihrem Vergleich vor allem schlussfolgern, dass bei den Fragen nach einzelnen Maßnahmen nicht einfach nach der Zustimmung gefragt werden sollte, sondern immer –

möglichst anhand einer Skala¹⁹ – auch nach der Ablehnung. Ideal wäre es, konkrete Maßnahmenbündel – entsprechend der Grundelemente der tatsächlich in der politischen Debatte befindlichen Reformvorschläge – abzufragen. Dieser Gedanke ist zu- gegeben nicht zuletzt angesichts der Vielfalt der fast im Tagesrhythmus durch die Medien getriebenen Vorschläge für allfällige Reformen etwas blauäugig. Auch ist (vgl. Kap. 2) das Problem bestehender Informationsdefizite bei den Bürgern über die Alterssicherungssysteme und Rentenpolitik nicht von der Hand zu weisen.²⁰ Dennoch sehen wir in dieser Richtung einen wichtigen Bereich, in dem Fortschritte der einschlägigen Akzeptanzforschung erzielt werden sollten und auch könnten.

Eine solche Weiterentwicklung der Meinungsforschung zu diesem Thema wäre auch insofern wichtig, da ansonsten die Szene immer stärker von den in letzter Zeit sich verbreitenden wilden²¹ Online-Umfragen beherrscht wird und viele „Innovationen“ bei normalen Befragungen – gerade zum Thema Reformmaßnahmen – auch nicht gerade als methodische Fortschritte anzusehen sind. Als Beispiel für solche methodisch problematischen, suggestiven Frageformulierungen sei hier, dieses Kapitel abschließend, nur die folgende Frage angeführt. Im Jahr 2000 wurde vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel die Frage gestellt: „Wären Sie bereit, während einer Übergangszeit von ca. 10 Jahren höhere Beiträge zur Alterssicherung auf sich zu nehmen, damit die Generation unserer Kinder und Enkel nicht noch höhere Beiträge zahlen muss?“. Um die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu stabilisieren, würden 55 Prozent der Befragten einer Rentenabsenkung zustimmen (für 33 % käme laut der gleichen Umfrage eine Erhöhung des Renteneintrittsalters in Frage; vgl. Kapitel 6). Wie sich die Übergangszeit von ca. 10 Jahren ergibt, musste den Befragten ebenso verschlossen bleiben, wie der Bezug auf „unsere Kinder und Enkel“ höchst appellativ, ja suggestiv ist. 2003 wurde die Fra-

¹⁹ Ansonsten ist zumindest die Möglichkeit von Mehrfachantworten und in jedem Fall eine gewisse „Vollständigkeit“ der zur Beurteilung vorgelegten Maßnahmen anzustreben. Dies ist in den vorliegenden Umfragen nicht der Fall! Ein Stück weit versuchte das z. B. Emnid 2003 für das evangelische Online-Magazin Chrismon. Noch deutlicher hat dies das IfD-Allensbach – allerdings nur für die persönliche Beurteilung idealer Altersvorsorgewege – in den Umfragen für die Postbank angelegt.

²⁰ Wobei aber das Argument zu beachten ist, dass, trotz einiger „verbraucherpolitischer“ Regulierungen, eine verstärkt private Vorsorge – wie in jedem „privatisierten“ Bereich – die Bürger vor drastisch zunehmende Informationsprobleme stellt.

²¹ „Wild“ meint hier die Online-Umfragen von Medien etc., die in keinster Weise Repräsentativität beanspruchen können und für jegliche Manipulation offen sind. In dem Materialienanhang, der der DRV ergänzend zu dieser Expertise übergeben wird, sind einige dieser „Befragungen“ in Auszügen wiedergegeben.

ge dann noch umformuliert: „Damit die Generation unserer Kinder und Enkel nicht noch höhere Beträge zahlen muss, wären Sie dafür bereit, geringere Rentenerhöhungen in Kauf zu nehmen?“ Die Antworthäufigkeiten: Ja: 64 Prozent; Nein: 33 Prozent; Verweigert/ Weiß nicht: 3 Prozent.

6. Einstellungen zum länger Arbeiten – ein kurzer Überblick

“Die Möglichkeiten, die Exaktheit der Resultate von Massenbefragungen nachzuprüfen, stehen leider in einem umgekehrten Verhältnis zu dem großen Interesse, das ihnen allgemein entgegengebracht wird“

(Noelle, E. (1940): Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse (Diss., Berlin), Limburg, S. 25).

Durch die Anhebung der Altersgrenze generell auf 65 Jahre im Rahmen der letzten Rentenreformen und besonders wegen der geplanten Rente mit 67 erfährt das Thema „länger Arbeiten“ in der Politik und Öffentlichkeit gegenwärtig ein besonderes Interesse. Aus diesem Grund soll hier diese spezielle Maßnahme – als eine der möglichen Reformoptionen – herausgegriffen und in einem kurzen Ergebnisüberblick noch etwas vertieft werden.²²

Die Befundlage, die hierzu in den Medien gemeldet wird, erscheint auf den ersten Blick höchst widersprüchlich und verwirrend – was wahrscheinlich dem Vertrauen von Entscheidungsträgern in die Ergebnisse der Umfrageforschung auch nicht dienlich ist. Dazu nur drei Beispiele aus dem Jahr 2006:

- Aus einer Umfrage von Emnid für die Wochenzeitung DIE ZEIT, deren Details auch auf mehrere Nachfragen unsererseits nicht zugänglich gemacht wurden²³, wurde berichtet (vgl. DIE ZEIT 2006): „Umfrage: Ältere wollen länger arbeiten“. Im zugehörigen Presseartikel (vgl. Drösser 2006) wurde das dann mit einer Forderung nach einer noch früheren und stärkeren Anhebung des gesetzlichen Rentenalters verbunden. Das zu Grunde liegende Statement zur Zustimmung durch die Befragung lautete: „Ich würde auch gern länger als bis zum 65. Lebensjahr berufstätig sein, wenn ich dann noch körperlich fit bin“. 48,4 Prozent der Befrag-

²² Genau genommen geht es hierbei ja nicht um die Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung oder das Vertrauen in die Institution als solche. Dennoch wird gerade an diesem Punkt deutlich, dass hier verschiedene Dimensionen ineinandergreifen: Natürlich wird die gesetzgeberische Maßnahme die Einstellungen zur parafiskalischen Institution GRV direkt betreffen. Hierin liegt auch eine der Schwierigkeiten der Konstruktion eines Index der Akzeptanz der Rentenversicherung (vgl. unten).

²³ Dies wäre wichtig, um zu wissen, wie die Stichprobe/Grundgesamtheit abgegrenzt wurde. Die höhere Zustimmung Älterer kann sich z. B. durch einen Selektionseffekt erklären. In Stichproben von Erwerbstätigen sind Ältere mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen/schlechtem Gesundheitszustand unterrepräsentiert (vgl. zu einem solchen Effekt in unserer Umfrage mit Infratest „Was ist gute Arbeit“ Fuchs 2006).

ten stimmten dem zu; unter den über 50-Jährigen waren es 55,7 Prozent (keine Zustimmung: 48,5 bzw. 38,4 %).

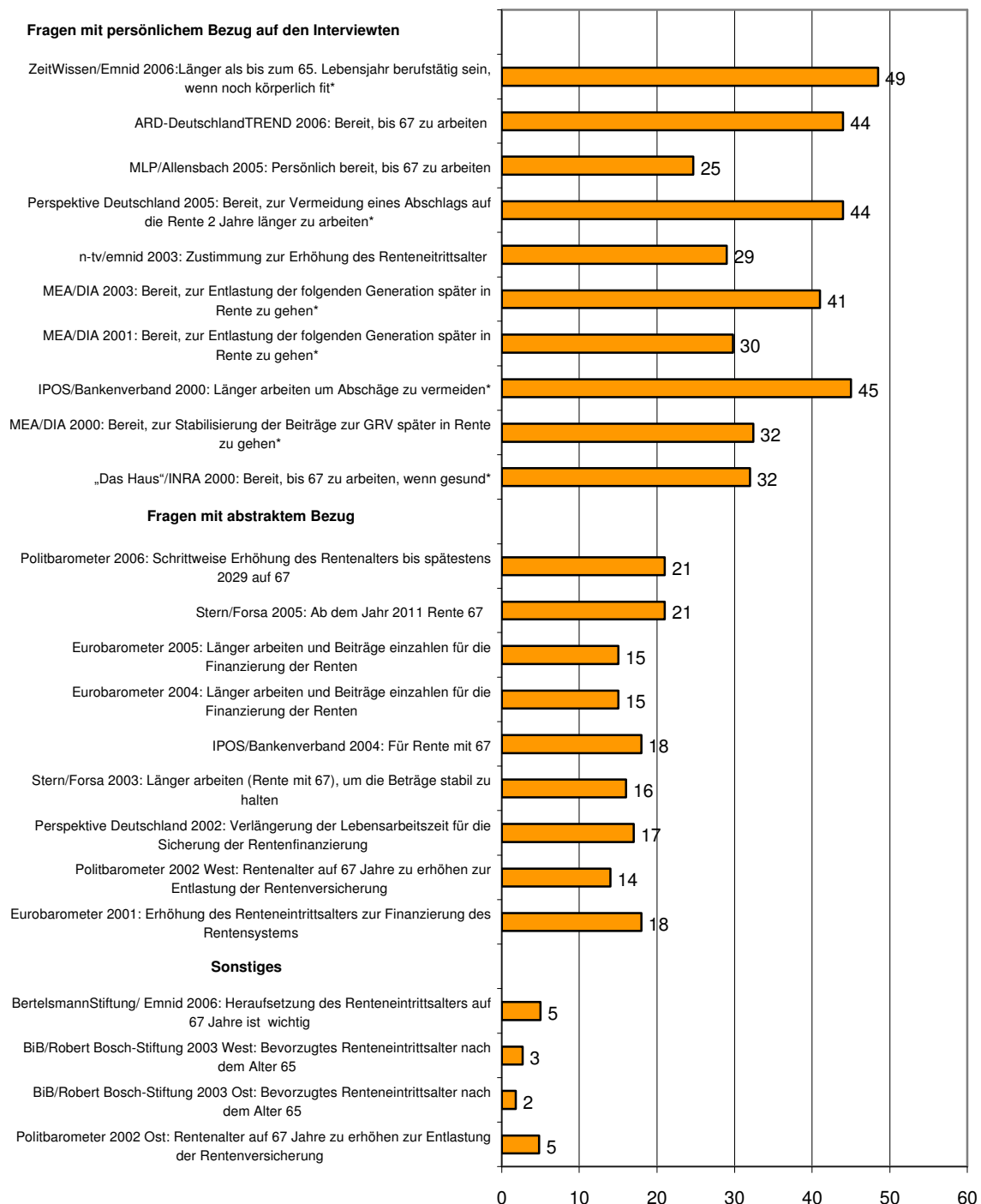
- In einer Umfrage von Emnid für die Bertelsmann Stiftung vom Mai 2006 (vgl. Prager, Schleiter 2006, S. 6) wurde die Frage gestellt: „Zur Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre hört man ja unterschiedliche Meinungen. Welche kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten?“. Dem Statement „Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist ein wichtiger Schritt, um die Rentenzahlungen auch künftig finanzieren zu können“ stimmten gerade einmal 5 Prozent der Befragten zu.²⁴
- Im Politbarometer 2/2006 fanden 21 Prozent der Befragten eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 richtig, 78 Prozent antworteten mit „nicht richtig“.

Was also?

Abbildung 6.1 versucht, eine Vielzahl an vorliegenden Befragungsergebnissen zum Thema Einstellungen zur Rente mit 67 in sehr vereinfachender und natürlich noch grober Form chronologisch sortiert zusammenzustellen. Als Kriterium werden dabei neben der Zeitachse zwei bzw. drei Grundtypen von verwendeten Fragen unterschieden.

²⁴ Die anderen Statements bezogen sich auf die Befürwortung eines flexiblen Renteneintrittsalters (Zustimmung: 61 %) und die Ablehnung einer Erhöhung des Renteneintrittsalters (34 %).

Abbildung 6.1: Zustimmung zu einer Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters bei verschiedenen Fragetypen in verschiedenen Befragungen 2000-2006 (Angaben in Prozent)



Anmerkung: * Konditionale bzw. verstärkend formulierte Frage.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach den diversen genannten Umfragen.

So wie in Abbildung 6.1 sortiert, zeigen sich die diversen Umfrageergebnisse zur Akzeptanz bzw. Bereitschaft eines längeren Arbeitens schon weit weniger dispers. Im Fall einer Abfrage auf abstraktem Niveau sind die Zustimmungswerte deutlich niedri-

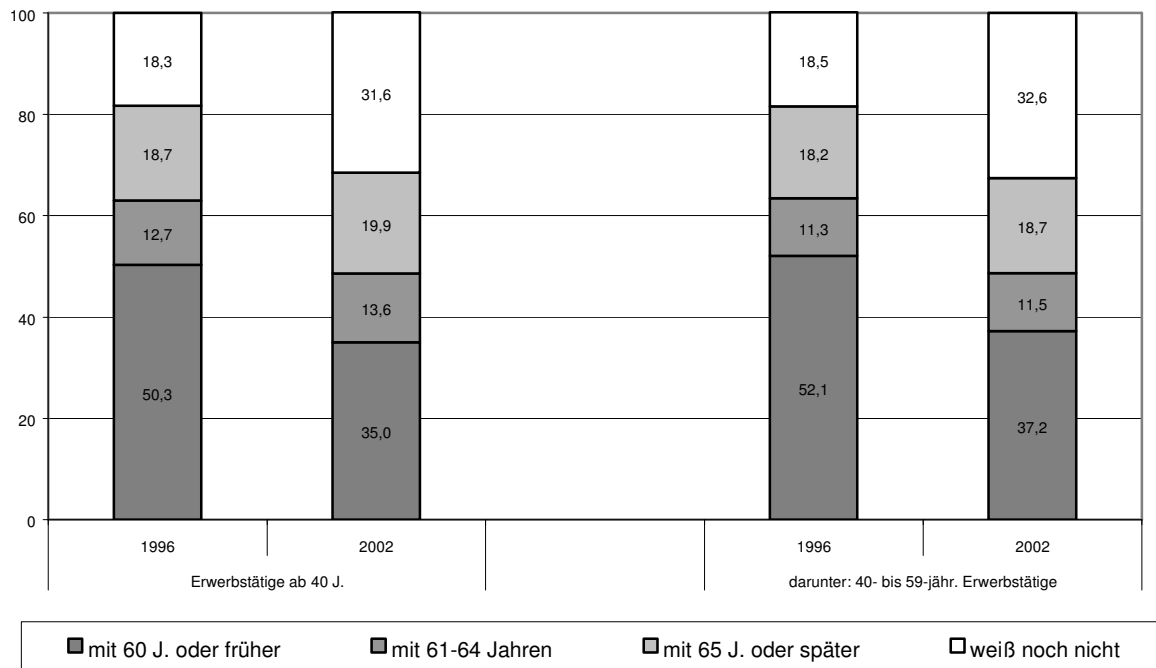
ger als im Fall einer auf den/die Interviewten selbst bezogenen (persönlichen) Frageformulierung. Außerdem führt eine konditionale oder verstärkende Formulierung der Frage („... bereit, wenn noch körperlich fit“; „... zur Entlastung der folgenden Generationen“ etc.) tendenziell zu höheren Zustimmungsteilen. In chronologischer Perspektive gibt es einen gewissen, aber schwachen Trend zu einer etwas ansteigenden Zustimmung in letzter Zeit; allerdings erreicht die Zustimmung nie die Mehrheit.

Verschiedene Erhebungen zeigen andererseits, dass – je nach Stichprobe – die Bevölkerung oder Erwerbstätigen zunehmend ein „länger Arbeiten müssen“ erwarten und zum Teil auch in ihrer eigenen Lebensplanung berücksichtigen. So zeigen z. B. die Ergebnisse der so genannten Alterssurveys des Deutschen Zentrums für Altersfragen, dass das „geplante Ausstiegsalter aus dem Erwerbsleben“ in der Befragung 1996 deutlich niedriger war als in der Wiederholungsstudie 2002. Gestiegen ist vor allem der Anteil der Befragten, die noch keine Angaben machen (können), wie Abbildung 6.2 zeigt.²⁵ Das Vorhaben einer Rente mit 67 findet dennoch keine große Zustimmung in der Bevölkerung.

Laut einer aktuellen Erhebung von Emnid für die Hamburg-Mannheimer vom Oktober 2006 möchten eigentlich 72 Prozent der Befragten persönlich nicht bis zum Alter von 67 Jahren arbeiten; von diesen will ein Fünftel vor dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand gehen, die Hälfte mit 60 und ein Sechstel zwischen 61 und 64 Jahren.

²⁵ Ähnlich ist auch laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Robert Bosch-Stiftung (2005, S. 28) in der Population Policy Acceptance Study das von den Befragten erwartete eigene Renteneintrittsalter (Median: 64,3 Jahre in Ost- und 64,2 Jahre in Westdeutschland) deutlich höher als das individuell bevorzugte (Median: 59,4 Jahre in Ost- und 59,3 Jahre in Westdeutschland). Interessant ist, dass unter den Vergleichsländern das erwartete wie das bevorzugte Renteneintrittsalter – mit z. T. deutlichem Abstand – in Deutschland am höchsten war. Auf eine besondere Frühverrentungsmentalität in der Bevölkerung hierzulande weist das keinesfalls hin.

Abbildung 6.2: Geplantes Ausstiegsalter aus der Erwerbstätigkeit der 40- bis 59-Jährigen, 1996 und 2002 (Anteile gruppiert; Angaben in Prozent)



Quelle: Engstler (2004), S. 19.

7. Bewertungen und einige Empfehlungen

Seit unserer Kleinstudie aus dem Jahr 2003 (vgl. Kistler, Widmann 2003) sind eine ganze Reihe neuer Umfrageergebnisse zu den Themen Akzeptanz von und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung bekannt geworden.

An den schon damals beklagten grundsätzlichen Problemen hat sich aber seither kaum etwas verändert. Auch weiterhin ist von einer sehr heterogenen methodischen Qualität der Befragungen und Defiziten bei der Qualität der Dokumentation ihrer Ergebnisse und der Befragungsgrundlagen bzw. ihrer Zugänglichkeit²⁶ zu sprechen.²⁷ Unbenommen dessen sind die Stichproben häufig recht klein, so dass es an der Differenzierbarkeit der Ergebnisse mangelt. Selten werden wichtige Hintergrundvariablen (z. B. zum Versichertenstatus) überhaupt erhoben. Von einem wirklichen Monitoring zum Thema mit den Qualitäten eines ausgetesteten Indikatorensystems sind wir nach wie vor weit entfernt²⁸ – Stichworte: Zu geringe Dichte und z. T. auch eingeschränkte Replikationstreue der Erhebungen und mangelnde Detailliertheit der abgefragten z. T. recht komplexen Materie (vgl. auch Bieber, Stegmann 2005, S. 275).²⁹

In inhaltlicher Hinsicht ist zu allererst zu betonen, dass bei den Befragten aller Umfragen mit entsprechenden Fragestellungen erhebliche Informations- und Wissensdefizite festgestellt werden. Gleichzeitig artikulieren viele Interviewte deutliche Informationsbedarfe und -wünsche (was einen positiven Ansatzpunkt für weitere Informationsmaßnahmen darstellen kann). Die Konstruktion besserer Wissensfragen ist eine sicherlich noch offene Flanke, will man in diesem Bereich Fortschritte erzielen – viele der hierzu verwendeten Fragen haben eher intuitiven als Testcharakter. Bemerkenswert ist das sehr hohe Vertrauen, das der GRV als Informationsquelle entgegengebracht wird (vgl. Kap. 2).

²⁶ Besonders ärgerlich ist dies im Falle von Studien mit – vorsichtig ausgedrückt – vom Mainstream der Befunde abweichenden Ergebnissen respektive Ergebnisinterpretationen, wie etwa der Befragung für ZeitWissen (vgl. Drösser 2006).

²⁷ Das gilt insbesondere auch für die inzwischen kaum noch überschaubare Flut von kleinen Online-Befragungen.

²⁸ Das gilt etwas weniger, aber im Prinzip ähnlich, auch für die Meinungs-, nicht die Marktforschung der Versicherungsunternehmen zur privaten Altersvorsorge.

²⁹ Auf die (reizvollen) Möglichkeiten, aber auch Grenzen angesichts der Datenlage (vgl. Bieber, Stegmann 2005), einer internationalen Komparatistik zum Thema gehen wir hier nicht ein. Interessant wären hierzu u. E. vor allem Studien, die die Untersuchung der Akzeptanz in breitere Zusammenhänge (rechtliche/institutionelle Aspekte, Arbeitsmarktlage usw.) einbinden würden.

Trotz eines leichten Rückgangs weist die große Mehrheit der Bevölkerung dem Staat (der Gesetzlichen Rentenversicherung) die (Haupt-)Verantwortung für die Alterssicherung zu (vgl. Kap. 3). Trotz erwarteter und von einer wachsenden Minderheit – laut einer größeren Zahl vorliegender Befragungsergebnisse etwas stärker unter den Jungen – als unvermeidbar betrachteten bzw. sogar befürworteten Leistungskürzungen will eine Mehrheit an der „ersten Säule“ festhalten. Eine Ergänzung durch eine private Eigenvorsorge wird als notwendig erachtet und akzeptiert – nicht aber ein Systemwechsel.

Dieser recht stabilen Aufgabenzuweisung aus Sicht der Befragten steht laut einem Teil der Umfragen, verglichen mit früher, kein weiterer Rückgang im Vertrauen in die Zufriedenheit mit der sozialen Alterssicherung in den letzten Jahren gegenüber. Ähnliches gilt, wenn auch auf höherem Niveau, für die Beurteilung der privaten Vorsorge. Andere Umfragen indizieren einen weiteren Rückgang, der mit wachsender und sich ausbreitender Sorge einhergeht, im Alter kein ausreichendes Auskommen zu haben³⁰ (vgl. Kap. 4).

Das in den vorliegenden Umfragen beim Thema „Präferierte Maßnahmen/Akzeptanz von Reformen“ zum Einsatz kommende Instrumentarium an Frageformulierungen und Skalen ist so heterogen (vgl. Kap. 5 und speziell zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit Kap. 6), dass einheitliche Ergebnisse im Sinne von direkt vergleichbaren Prozentwerten gar nicht zu erwarten sind. Offensichtlich wird aber, dass sich in der Bevölkerung für „einseitige“ Maßnahmen, die nur an einem Parameter ansetzen, keine auch nur annähernden Mehrheiten finden. Das gilt insbesondere für eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters.

7.1 Vorschläge in Richtung einer eigenen Akzeptanzforschung der GRV

Die soeben angesprochenen Punkte machen es aus unserer Sicht notwendig, dass sich die GRV selbst einer entsprechenden Akzeptanzforschung zuwendet bzw. die anscheinend bestehenden diesbezüglichen Überlegungen (vgl. Faik, Köhler-Rama 2006, S. 40 ff.) in die Tat umsetzt. In diesem Zusammenhang ist Schwarze, Wagner und Wunder (2004, S. 315) unseres Erachtens nicht zuzustimmen, wenn sie schreiben: „Das allgemeine Vorurteil, dass Politik anhand von Meinungsumfragen gemacht wird, trifft auf die Sozialpolitik ganz und gar nicht zu: Es gibt so gut wie keine Umfra-

³⁰ Diese Widersprüche statistisch zu prüfen, könnte in Grenzen sekundäranalytisch gelingen, verweist aber auch auf die Notwendigkeit einer eigenen („Basis“-)Befragung mit Frage(-bogen-)experimenten (vgl. unten).

gen, die vom für Sozialpolitik zuständigen Bundesministerium – früher BMA, jetzt BMGS – in Auftrag gegeben wurden. Die Strukturen der Sozialpolitik werden weitgehend auf der Grundlage von Expertenmeinungen gestaltet“.

Natürlich gab und gibt es hierzu wirklich zu wenig Umfragen³¹ im Auftrag der Politik. Die genannten Experten und die Politik selbst haben u. E. aber meist doch die vorliegenden Befragungsergebnisse und vor allem die zugehörigen Medienmeldungen im Auge – nur werden diese weniger von der Politik oder den Sozialversicherungsinstitutionen in Auftrag gegeben, sondern von deren Konkurrenz und/oder expliziten Sozialstaatsgegnern (von der Initiative Soziale Marktwirtschaft bis zu manchen großen Stiftungen und Medien), und das mit ganz klaren Absichten.

Ob einschlägige Fragestellungen von den verschiedenen Sozialversicherungsinstitutionen/-zweigen getrennt oder in Kooperation angegangen werden sollten (vgl. hierzu Heidel, Fasshauer 2006) ist eine wichtige, aber nicht als Erstes zu stellende Frage und kann von uns so nicht beantwortet werden.³²

Vorrangig ist unseres Erachtens erstens die Klärung innerhalb der Deutschen Rentenversicherung, welche Fragestellungen und Aspekte durch eine eigene Akzeptanzforschung prioritär untersucht werden sollen. Dies erfordert interne Entscheidungen, die durch intensive Sekundäranalysen³³ und eine Überblicksbefragung³⁴ in entsprechender Größenordnung³⁵ zu klären wären.

Erst danach können sinnvollerweise zweitens strategische Entscheidungen getroffen werden, z. B. über die Fragen, ob Panel- oder Querschnittsstudien, Zeitabstände ei-

³¹ Das gilt trotz der alten „Sozialstaats-Umfragen“ des BMA (in den 70er und 80er Jahren) und der 2005 wieder begonnenen Befragungen „Einstellungen zum Sozialstaat“ (vgl. Krömmelbein, Nüchter 2006). Letztere werden, wenn die Ergebnisse zugänglich werden, sicher eine wichtige Quelle für Sekundäranalysen auch zum vorliegenden Thema darstellen. Soweit bisher bekannt, dürfte die eher grundsätzliche Orientierung dieser vier Querschnittserhebungen aber für viele operative Fragen der Alterssicherung zu wenig detailliert sein.

³² Eine vergleichbare Konstellation zwischen BIBB und IAB zur Finanzierung gemeinsamer periodischer Umfragen ist zwar inzwischen beendet worden, hat aber lange einigermaßen funktioniert. Durch eine Bündelung der finanziellen Ressourcen kann eventuell eine wirklich differenzierbar große Stichprobe bei solchen Befragungen erreicht werden; die befragtenseitigen Grenzen bei der Interviewdauer sind aber dadurch nicht auswertbar – mit der Folge von oft lähmender Konkurrenz bei den Inhalten der Fragebögen.

³³ D. h. viel tiefer- und weitergehend als es in Kleinstudien wie der vorliegenden Expertise auch nur annähernd möglich ist.

³⁴ Hierzu plädieren wir für eine Offenheit, besonders gegenüber Fragebogenexperimenten und ausführlichen Tests.

³⁵ Damit ist vor allem der Fragebogenumfang gemeint.

nes laufenden Monitorings in kleinerem Umfang³⁶, das in größeren Zeitabständen durch umfangreichere Basisstudien fundiert werden sollte, wozu und wie die Umfragen um spezialisierte Untersuchungen ergänzt werden sollen³⁷ usw.

Schließlich muss drittens geklärt werden, was das zentrale Produkt der Akzeptanzforschung sein soll und wer die eigentlichen Adressaten der Ergebnisse sind. Die unseres Erachtens wichtigste Fragestellung ist dabei, ob das Ziel in einer „einfachen“ Dauerbeobachtung des Informationsstandes und der Akzeptanz besteht oder ob es darum geht, einen Indikator oder Indikatoren hierfür zu etablieren, die über den schlichten Vergleich von Längsschnitt- und Querschnittsdaten zu einzelnen Fragen hinausgehen. An solchen Indikatoren wird zurzeit in den verschiedensten Zusammenhängen und Politikfeldern gearbeitet, von einem Index der Verbraucherfreundlichkeit über den Index der Innovationsfähigkeit bis hin zu einem Index der Arbeitsqualität, um nur einige zu nennen.

7.2 Ein „Index der Rentenversicherungsakzeptanz“ als mögliches Ziel?

Die Etablierung von solchen Kennziffern in den verschiedenen Politikbereichen wird in letzter Zeit von den verschiedenen Akteuren nicht von ungefähr vorangetrieben. Solche Kennziffern („Index der ...“) sind sowohl als Beobachtungsinstrument über Zeit wichtig als auch (wo möglich) beliebt in interregionalen, internationalen etc. Vergleichen. Gleichzeitig sollen sie häufig als Frühwarninstrument dienen. Gegenüber durch die Medien geisternden oder in politischen Debatten verwendeten Einzelbefunden sind sie auch aus wissenschaftlicher Sicht so etwas wie ein „stabiler Anker“.

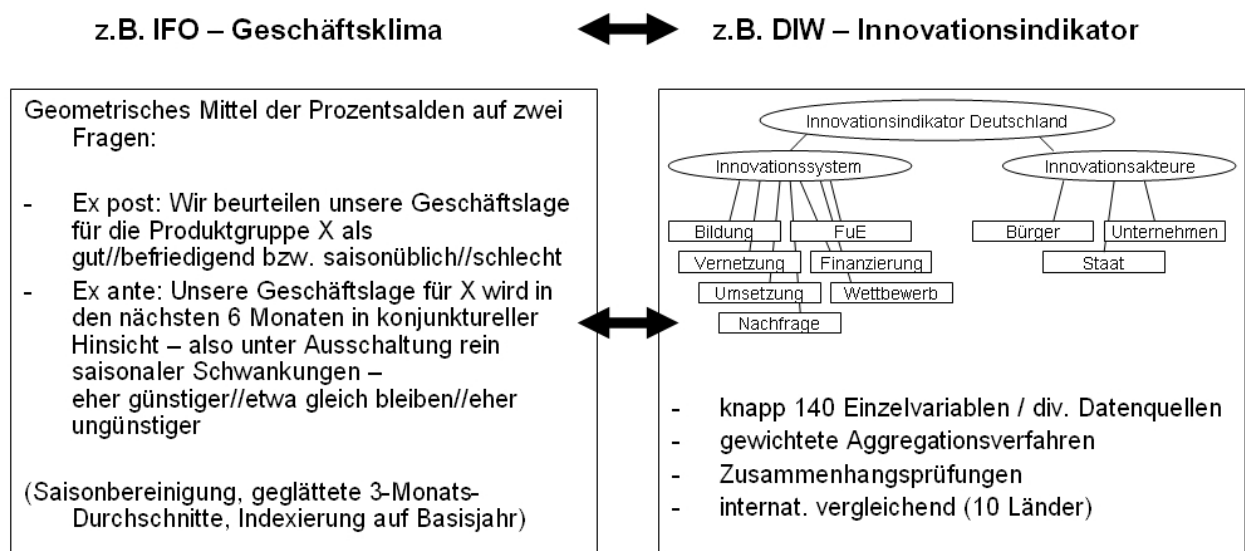
Zweifellos wäre es sinnvoll, auch für das Thema Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung über ein solches Instrument zu verfügen, das eine Beobachtung der Entwicklung des Meinungsklimas über Zeit oder auch Vergleiche zwischen verschiedenen Teilpopulationen (z. B. Ost/West; Junge/Alte) ermöglicht. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass solche Indikatoren einige Zeit brauchen, um sich in der (Außen- wie

³⁶ Solche kurz getakteten kleineren Einschaltungen in Mehrthemenumfragen wären z. B. auch wichtig, um den Einfluss von aktuellen Debatten, Medienberichterstattungen etc. auf die Akzeptanz zu eruieren.

³⁷ Inhaltlich wäre etwa ein Beispiel, wie junge Menschen nach dem Ende ihrer Ausbildung/beim Berufseinstieg über die Alterssicherung denken, oder etwa wie es um das Wissen und die Akzeptanz bei Migranten steht. Methodisch ganz wichtig ist die Frage einer Verschränkung der quantitativen Befragungen mit Ansätzen der qualitativen Sozialforschung.

Binnen-)Kommunikation zu etablieren. Außerdem besteht ein gewisser trade-off zwischen der Aussagekraft und der Eingängigkeit solcher Indikatoren. Abbildung 7.1 verdeutlicht dies anhand eines schon lange etablierten, recht simplen Index³⁸ und eines erst jüngst in die Fachdiskussion eingebrachten hoch komplexen Indikatoren-systems.

Abbildung 7.1: Zwischen „einfachen“ und komplex zusammengesetzten Indikatoren



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Angaben der genannten Institute.

Unseres Erachtens sollte ein „Index der Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung“ differenzierter sein als z. B. der IFO-Geschäftsklima-Index, aber nicht so hoch komplex wie das rechts in Abbildung 7.1 gezeigte Beispiel – wobei unbestreitbar hierarchisch aufgebaute Indikatoren für ein Monitoring besonders geeignet sind. Dabei muss jedoch – und dies ist zu beachten – nicht unbedingt auf der obersten Hierarchieebene ein zentraler, alle Aspekte einbeziehender, Gesamtindikator im Sinne einer Kennziffer stehen.

Für den angestrebten Zweck ist es auch schwer vorstellbar, Teilaspekte wie das Vertrauen in die GRV als Institution, in die Informationsquelle GRV, in die Sicherheit der Renten in Zukunft, ihre „Rentabilität“ oder Gerechtigkeitsfragestellung, alle in eine solche Kennziffer zu kumulieren. Ein fester Satz von verschiedenen Indikatoren (jeweils aus einfachen Fragen oder auch zusammengesetzt aus mehreren Fragen bzw.

³⁸ Der in Darstellung 4.3 gezeigte „Index“ von DIA/IfD-Allensbach ist noch einfacher. An dieser Einfachheit lässt sich aber der o. g. trade-off demonstrieren. Für wissenschaftliche oder auch (geschäfts-)politische Zwecke ist dieser Indikator u. E. zu einfach und damit nicht ungefährlich.

Kennziffern)³⁹ erscheint uns realistischer. Allerdings ist auch bereits hierfür noch eine Menge an theoretischer und empirischer Vorarbeit zu leisten. Probleme der Messung, ihrer Aggregation und der Dimensionierung/Skalierung von Kennziffern für Teilaggregate sind zu lösen.

In jedem Fall ist auch bereits hierfür eine eigene, gut vorbereitete und ausreichend große⁴⁰ „Basisbefragung“ unverzichtbar.⁴¹ Eine ausführliche Sekundäranalyse kann hier wichtige Vorarbeiten leisten und Hinweise auf tragfähige Relationen zwischen vorliegenden Fragen/Kennziffern liefern.

Diese Hinweise sollen nicht die Zielsetzung eines Indikatorensystems als solches relativieren oder prinzipiell als zu ambitioniert erscheinen lassen. Im Gegenteil – ein solches Vorhaben scheint uns erstrebenswert und machbar! Klar sollte aber allen Beteiligten erstens sein, dass hierfür ein erhebliches Maß an Anstrengungen nötig ist. Ebenso wäre es zweitens ein Irrtum zu glauben, dass für die Konstruktion und Validierung eines solchen Indikatorensystems ein geringeres Maß an empirischem Primärforschungsaufwand und Sekundäranalysen nötig ist, als wenn man sich „nur“ auf dem Niveau von fundiertem Monitoring mittels Umfrageergebnissen dem Thema und der Aufgabe von Akzeptanzforschung stellt.

³⁹ Diese müssen nicht nur aus einer Umfrage stammen!

⁴⁰ Das bezieht sich sowohl auf die Befragtenzahl als auch auf den Umfang des Fragenprogramms.

⁴¹ Diese sollte – so unsere Erfahrung in vergleichbaren anderen Zusammenhängen (v. a. Konstruktion eines Index der Arbeitsqualität) – nicht automatisch als „Nullmessung“ angestrebt werden.

Literaturverzeichnis

- Atteslander, P. (2006): Methoden der empirischen Sozialforschung, 11. Aufl., Berlin.
- Bieber, U.; Stegmann, M. (2005): Einstellungen zur Alterssicherung im internationalen Vergleich – Eine Bestandsaufnahme der Datenquellen und Forschungsergebnisse, in: DRV 60(2005), S. 255 ff.
- Börsch-Supan, A.; Heiss, F.; Winter, J. (2004): Akzeptanzprobleme bei Rentenreformen, Wie die Bevölkerung überzeugt werden kann, Köln.
- Bundesinstitut für Berufsbildung; Robert Bosch Stiftung (2005): The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies, Stuttgart, Wiesbaden.
- DIE ZEIT (2006): Umfrage: Ältere wollen länger arbeiten, Pressemitteilung vom 13.02.2006 (Internet).
- Drösser, Ch. (2006): Platz für Alle, Teil I, in: DIE ZEIT, Magazin ZeitWissen vom 15.02.2006.
- Engstler, H. (2004): Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben, Ergebnisse des Alterssurveys 1996 und 2002, DZA – Diskussionspapier Nr. 41, Berlin.
- Faik, J.; Köhler-Rama, T. (2006): Prioritäre Forschungsthemen des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Zukunft gestalten – Fünf Jahre Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA), DRV-Schriften Bd. 67, Bad Homburg, S. 37 ff.
- Fasshauer, St.; Frommert, D. (2006): Die Rolle des Staates in der Alterssicherung – Eine Annäherung auf verschiedenen Ebenen, in: DRV 61(2006)11/12, S. 691 ff.
- Fuchs, D.; Roller, E. (2006): Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, S. 644 ff.
- Habich, R.; Zapf, W. (1989): Öffentliche und private Aufgaben, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 549 ff.
- Heidel, S.; Fasshauer, St. (2006): Bedeutung einer Forschungskoooperation in der Sozialversicherung für die Soziale Sicherheit in Deutschland, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Zukunft gestalten – Fünf Jahre Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA), DRV-Schriften Bd. 67, Bad Homburg, S. 133 ff.
- Kistler, E.; Widmann, P. (2003): Zusammenstellung von Umfrageergebnissen zu Akzeptanz von und Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung, Stadtbergen (<http://forschung.deutsche-rentenversicherung.de>).
- Krömmelbein, S.; Nüchter, O. (2006): Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 36.
- Leinert, J. (2002): Die Riester-Rente: Wer hat sie, wer will sie? Vorabauswertung einer repräsentativen Umfrage zum Vorsorgeverhalten der 30- bis 50-Jährigen, Bertelsmann Stiftung Vorsorgestudien Nr. 14, Gütersloh.
- Prager, J.U.; Schleiter, A. (2006): Älter werden – aktiv bleiben, Gütersloh.
- Reimann, A.; Frommert, D. (2006): Akzeptanz von sozialpolitischen Reformen und die Rolle der Sozialversicherung am Beispiel Alterssicherung, in: DRV (2006)2/3, S. 77 ff.
- Rische, H. (2006): Wie lässt sich das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung wieder stärken?, in: RVaktuell (2006)1, S. 2 ff.
- Schirmmacher, F. (2004): Das Methusalem-Komplott, 9. Aufl., München.
- Schmähl, W. (2006): Das Soziale in der Alterssicherung – Oder: Welches Alterssicherungssystem wollen wir?, in: DRV 61(2006)11/12, S. 676 ff.

Schwarze, J.; Wagner, G.; Wunder, Ch. (2004): Alterssicherung: Gesunkene Zufriedenheit und Skepsis gegenüber privater Vorsorge, in: DIW-Wochenbericht 71(2004)22, S. 315 ff.

Wunder, Ch.; Schwarze, J. (2004): Zufriedenheit mit der Altersvorsorge und Präferenzen für alternative Sicherungsmodelle – Empirische Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), DIW Discussion Paper 420, Berlin.